

# **Gefängnisse und Lager im sowjetischen Herrschaftssystem**

## Einführung

1. Historiographische Quellen
2. Die Rolle der Erinnerung in der GULAG-Forschung
  - 2.1. Die 20er und 30er Jahre
  - 2.2. Die Periode nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956
  - 2.3. Solschenizyn „Archipel GULAG“ – Samisdat
  - 2.4. Die GULAG-Erinnerungen in der Perestrojka-Zeit
  - 2.5. Charakteristik der Erinnerungen
  - 2.6. Thematik
  - 2.7. Mündliche Erinnerungen – oral history
3. Der Zustand russischer Archive zur GULAG-Thematik
  - 3.1. Die Parteiarchive
  - 3.2. Staatliche sowjetische Archive
  - 3.3. Archive der Ministerien und Ämter
  - 3.4. Das MWD-Archiv
  - 3.5. Das Archiv des ehemaligen KGB
  - 3.6. Amtsgebundene Archive
  - 3.7. Archive und das Gefängnisssystem
  - 3.8. Der Zugang zu den Archivmaterialien des GULAG
4. Die Organisationsstruktur des sowjetischen Strafvollzugssystems
  - 4.1. Das Strafvollzugssystem im zaristischen Rußland
  - 4.2. Das sowjetische Strafvollzugssystem während des Bürgerkrieges 1917-1922
  - 4.3. Die Haftstellen der NÖP-Periode
  - 4.4. Das Strafvollzugssystem in der UdSSR 1930-1941
  - 4.5. Bau des Weißmeer-Ostsee Kanals: Wendepunkt der Lagerpolitik
  - 4.6. Der GULAG wächst
  - 4.7. GULAG und der Große Terror
  - 4.8. Die Reorganisation am Vorabend des Krieges
  - 4.9. Das Strafvollzugssystem in der UdSSR 1941-1960
  - 4.10. Die Organisation der Katorga- und Spezial-Lager
  - 4.11. Die Reorganisation und die Liquidierung des GULAG nach Stalins Tod

5. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte der aus politischen Gründen Verfolgten (Rehabilitierung)
  - 5.1. Die Zahlen
  - 5.2. Die Rehabilitierung in der Chruschtschow-Zeit
  - 5.3. Die Unterbrechung des Rehabilitierungsprozesses zur Brejnew-Zeit
  - 5.4. Die Veränderungen in der Perestroika-Zeit
  - 5.5. Die Gründung der Gesellschaft „Memorial“
  - 5.6. Der Ukas über die Rehabilitierung
  - 5.7. Der Ukas vom 13.8.1990
  - 5.8. Das Gesetz „Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen“ vom 18. Oktober 1991
  - 5.9. Die gesellschaftliche Entwicklung 1991-1995: der „Fall KPdSU“
  - 5.10. Die Tätigkeit von „Memorial“
  - 5.11. Die gegenwärtige Entwicklung

Literatur

Zusammenfassung

### *Einführung*

Ziel dieser Expertise ist es, den heutigen Wissensstand der russischen Gesellschaft über den GULAG aufzuzeigen. Dabei muß zunächst angemerkt werden, daß der Begriff GULAG (vor allem auch nach der Veröffentlichung des „Archipel GULAG“ von Alexander Solschenizyn) zu einem Sammelbegriff wurde, der das gesamte sowjetische Repressionssystem symbolisiert. Allerdings kann der Gesamtkomplex, den dieser Begriff umschreibt, (politisch, historisch, kulturell und sozial) in dieser kurzen Expertise nicht aufgearbeitet werden. Deshalb beschränkt sich diese Expertise auf den GULAG in seinem engen genauen und historischen Zusammenhang, nämlich als vom sowjetischen System organisiertes Netz von Gefängnissen und Lagern. Daraus ergibt sich der zeitliche Rahmen dieser Expertise von der Periode vor der eigentlichen Schaffung des GULAG bis in die 60er Jahre, als der GULAG formell aufgelöst wurde. Die Lager im sowjetischen System existierten allerdings auch nach den 60er Jahren noch weiter.

Die Organisation eines riesigen Lagersystemes war einerseits eines der wichtigsten Ergebnisse der Politik Stalins und andererseits auch ihr wichtigstes Instrument. Die Wissenschaft hat auf die Frage, warum sich totalitäre Regime immer solcher repressiver Mechanismen bedienen, längst geantwortet. Und ebenso hat die russische Gesellschaft schon lange die Antwort auf die Frage gefunden, wer der Urheber dieses repressiven Systems ist. Diese Expertise beschränkt sich daher darauf, Antworten auf ganz bestimmte konkrete Fragen im Zusammenhang mit dem GULAG zu geben.

Zunächst soll eine kurze Charakteristik der heutigen russischen Historiografie zur GULAG-Thematik vorgestellt werden. Hierbei ist besonders festzuhalten, daß in den vergangenen zehn Jahren zwar viele Informationen veröffentlicht wurden, diese aber oft aus dem Zusammenhang gerissen waren, nicht ausreichend wissenschaftlich erklärt wurden und keine genauen Angaben über die zugrunde liegenden Archiv- und Quellenbestände enthielten. Darüber hinaus wurde in dieser Zeit die Wissenschaft von der Publizistik in den Hintergrund gedrängt. Die Historiker schwiegen im großen und ganzen, nur die Publizisten sprachen über den GULAG. Im Grunde genommen beginnt die russische Geschichtswissenschaft erst heute, die GULAG-Vergangenheit systematisch zu analysieren.

Wichtigste Informationsquelle über den GULAG war viele Jahre lang die persönliche Erinnerungsliteratur. Die Rolle der persönlichen und individuellen Erinnerung im gesellschaftlichen Bewußtsein ist nach wie vor sehr groß. Sogar heute, wo sich der Schwerpunkt des Interesses der Forscher zu den Archiven hin verlagert, ist ganz offensichtlich, daß kein Dokument das ersetzen kann, was im menschlichen Gedächtnis gespeichert ist. Aber leider gibt es bis heute in Rußland keine historischen Untersuchungen, die die gesamte Erinnerungsproblematik im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Vergangenheit vom wissenschaftlichen Standpunkt aus analysiert hätten.

Das ist verständlich, denn zunächst war die allerwichtigste Aufgabe, die Erinnerungen der Opfer überhaupt öffentlich zu machen. Doch heute – so scheint es uns – ist offenbar die Zeit für die Wissenschaft gekommen, sich mit den Gedächtnisproblemen auseinanderzusetzen. Auch die neue – erst in den letzten Jahren auftretende – Wissenschaftsform der mündlichen Geschichtsüberlieferung (oral history) hat in diesem Zusammenhang einen neuen Impuls gegeben. Da der GULAG ohne Zweifel auch ein Teil der sowjetischen Alltagsgeschichte war, erfreuen sich die Möglichkeiten, diese Alltagsgeschichte jetzt zu erforschen bei den russischen Wissenschaftlern großer Beliebtheit.

Eines der größten Probleme bei der Erforschung des GULAG ist der schwierige Zugang zu den Archivadokumenten. Erst seit kurzem haben wir einen – wenn auch noch in allgemeiner Form – Überblick der Überlieferungen sowjetischer Archive, insbesondere auch auf den GULAG bezogen, und der Zugangsmöglichkeiten zu diesen Archiven und Dokumenten. Daher ist eine kurze Aufstellung der Überlieferungen in den Archiven Rußlands ein Teil dieser Expertise.

Erst die verschiedenen Archivadokumente geben die Möglichkeit, sich ein Bild von den einzelnen Etappen der Entwicklung des sowjetischen GULAG-Systems zu machen. Zur Analyse der inneren Strukturen des GULAG wurden für diese Expertise Informationen verwendet, die freundlicherweise von der Gesellschaft „Memorial“ zur Verfügung gestellt wurden.

Wenn man die inneren Strukturen des GULAG analysiert, ist es besonders wichtig zu beachten, wie sich einzelne Faktoren gegenseitig beeinflussen: bei-

spielsweise wie die Auslösung der Massenrepressionen zur Veränderung des GULAG-Systems führte und umgekehrt, oder wie das GULAG-System die staatliche Politik beeinflusste, weil der GULAG selbst zunehmend zu einem sehr wichtigen wirtschaftlichen Faktor wurde. Dabei hat die Frage nach der Zahl der Verfolgten unter den Historikern immer heftigste Diskussionen ausgelöst. Deshalb werden in dieser Expertise konkrete Zahlen angegeben, die aus den verschiedenen Archiven stammen.

Der Rehabilitierungsprozeß im weitesten Sinn zog sich über viele Jahrzehnte hin. In der vorliegenden Expertise wird der Versuch unternommen, diesen Prozeß zu charakterisieren, die Gesetze über die Rehabilitierung zu beschreiben und eine Reihe nicht gelöster Probleme aufzuzeigen.

Leider muß man feststellen, daß das außerordentlich große Interesse für die Vergangenheit, die stalinischen Repressionen und daher auch für den GULAG, das mit dem Prozeß der Perestrojka in der damals noch sowjetischen Gesellschaft begann, heute schon lange nicht mehr so groß ist. Nach dem erfolglosen Prozeß gegen die Kommunistische Partei im Jahre 1992 werden heute de facto keine historischen Diskussionen mehr geführt, die die gesamte Gesellschaft interessieren würden.

Trotzdem gibt es – im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der GULAG-Vergangenheit – Anlaß zu Optimismus. Vor allem, weil die Veröffentlichung von Erinnerungen und historischer Literatur bei einigen Verlagen – und sei es auch nur in niedrigen Auflagen – weitergeht. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Tätigkeit der Gesellschaft „Memorial“ zu nennen, nicht nur in Moskau, sondern auch in den wichtigsten Regionen Rußlands. Diese Tätigkeit beruht meist auf lokaler oder regionaler historischer Spurensuche wie zum Beispiel beim Auffinden von Massengräbern, der Einrichtung von Friedhöfen und dem Aufstellen von Denkmälern. Für die noch lebenden Opfer der Repressionen ist dies auch eine konkrete soziale Hilfe.

### *1. Historiographische Quellen*

Trotz der Fülle von publizistischen und kulturwissenschaftlichen Publikationen über den Stalinismus, verschiedener biographischen Studien über einzelne Figuren der sowjetischen Geschichte, die nach dem Beginn der Perestrojka veröffentlicht wurden, gibt es bis jetzt in Rußland leider nur eine relativ geringe Zahl ernsthafter historischer Forschungen, die sich ausschließlich mit der Geschichte des GULAG auseinandersetzen.

Ernsthafte statistische Angaben über die Zahl der Inhaftierten (leider ohne ausführliche Quellenanalyse) ist in der Arbeit von Semskow zu finden (*GULAG im historisch-soziologischen Aspekt*, 1991). Semskow hat auch eine interessante statistische Studie über die Spezumsiedler veröffentlicht (*Die Spezumsiedler*, 1994). Dedkow hat eine beachtenswerte Arbeit über die sowjetische Strafpolitik veröffentlicht (*Der Inhalt der Strafpolitik des Sowjetstaates*, 1992).

Der erste Versuch, ein zusammenfassendes Bild des GULAG-Systems darzustellen, unternahm die Historikerin Galina Iwanowa (*Der GULAG im System des totalitären Staates*, 1997). Dieser nicht sehr umfangreiche Band ist allein schon dadurch wertvoll, daß hier die Ausführungen der Autorin von Archivquellen untermauert sind. Leider wird aber die Fülle von einzelnen Fakten nicht genug systematisiert und so entsteht kein einheitliches, sondern ein fragmentarisches Bild des Lager-Systems. Dagegen werden einzelne Fragen mit ziemlicher Ausführlichkeit dargestellt wie zum Beispiel die NKWD-Kader des GULAG.

In den letzten Jahren ist auch eine Reihe von ernsthaften Forschungen veröffentlicht worden, die auf die Geschichte einzelner Lager in verschiedenen Regionen der UdSSR eingehen. Diese Publikationen basieren bereits auf einer gründlichen Auswertung der regionalen Archivadokumente. Beispielhaft sind hier die Arbeit von Papkow über das Lagersystem und die Zwangsarbeit in Sibirien und im Fernen Osten von 1929-1941 (*Das Lagersystem und die Zwangsarbeit in Sibirien*, 1997); die Publikation von Batsajew über Kolyma (*Archipel GULAG an der Kolyma*, 1996) sowie die sehr ausführliche und auch sehr gut mit Archivquellen untermauerte Monographie von Kirillow über die Geschichte der Repressalien in Nijnij Tagil von den 20er bis in die 50er Jahre (*Die Geschichte der Repressionen im Region von Nijnij Tagil*, 1996) zu nennen. Die Historikerin Elantsewa aus Wladiwostok hat zwei kleinere monographische Arbeiten über den Bau der Eisenbahnstrecken im Fernen Osten verfaßt (*Der Bau N 500*, 1995; *Bam: 1932-1941*, 1994). Regionalforscher aus Komi haben Sammelbände herausgebracht, in denen die Geschichte von Spezialsiedlungen und Deportierten, Repressionen in Industrieunternehmen, politische Säuberungen sowie der Lageralltag in Komi dargestellt werden (*Die Menschen von Uchta*, 1994).

Das wichtigste Forschungsergebnis bis heute bildet wahrscheinlich das von „Memorial“ herausgegebene Nachschlagewerk zur Organisationsstruktur des Straflagersystems in der UdSSR von 1917 bis 1960. Es beinhaltet gesonderte Artikel zu allen Regionalverwaltungen der Straflager und Speziallager, zu allen Lagerabteilungen zentraler Unterstellung, sowie den Hauptverwaltungen der Lager des NKWD/MWD. Gleichzeitig wurde eine Statistik erarbeitet, aus der die Zusammensetzung des Häftlingskontingents gegliedert nach Alter, Nationalität, Geschlecht, Grund der Verurteilung deutlich wird. Als Beilage dient schließlich ein Atlas, der die Topographie des sowjetischen GULAG darstellt.

Dennoch ist festzuhalten, daß sich die russische Forschung einer Darstellung des GULAG bis heute allenfalls angenähert hat. Ernsthafte Diskussionen über Inhalte und Probleme der GULAG-Forschung, vielleicht mit Ausnahme von Fragen der Statistik, werden kaum geführt.

## 2. Die Rolle der Erinnerung in der GULAG-Forschung

Die Erinnerungen der ehemaligen Lagerinsassen waren lange Zeit de facto die einzige Quelle für unsere Kenntnis der Repressionen und darüber, was in den sowjetischen Gefängnissen und Lagern geschah. Niemand konnte auch nur hoffen, daß die Archive jemals geöffnet oder daß die entsprechenden Dokumente dort noch aufbewahrt würden. Im Vorwort zu dem von Dissidenten-Historikern im Jahr 1975 herausgegebenen Sammelband „Pamjat“ heißt es:

„Man sagt, daß die Archive von Wtscheka-GPU-NKWD, die Archive jener Ämter also, die die Hand am Pulsschlag der sowjetischen Geschichte hatten, im Oktober 1941 als Rauch durch den Schornstein der Lubljanka gegangen sind, daß auch die Archive von MGB-MWD 1953 verbrannt sind ... Aber unsere wichtigsten historischen Geheimnisse sind von besonderer Art. In diese Geheimnisse sind Millionen von Menschen eingeweiht. Man kann die Ereignisse des Jahres 1937 heimlich vorbereiten, aber es ist schwierig, sie auch heimlich durchzuführen. Es gibt Millionen von Zeugen und manche sind noch am Leben. Kein Historiker hat jemals über solch umfangreichen Stoff verfügt.“<sup>1</sup>

Da die GULAG-Erinnerungen während einiger Jahrzehnte entstanden sind, soll im folgenden ein kurzer chronologischer Rahmen vorgestellt werden.

### 2.1. Die 20er und 30er Jahre

In dieser Zeit entstehen nur sehr wenige schriftliche Mitteilungen über die sowjetischen Gefängnisse und Lager und wenn sie veröffentlicht werden, so nur im Westen. Das sind vor allem die Niederschriften der Lebenserfahrungen von Menschen, denen es – nach kurzer Bekanntschaft mit dem sowjetischen Gefängnisssystem – gelungen ist, die Sowjetunion zu verlassen.<sup>2</sup> Nach dem Hitler-Stalin-Pakt und nach der Auslieferung der in der Sowjetunion verhafteten Deutschen durch den NKWD an die Gestapo wuchs die Zahl jener Personen im Westen, die Erfahrungen mit dem GULAG gemacht hatten.<sup>3</sup> Der Große Vaterländische Krieg, die deutsche Besetzung sowjetischer Territorien und die Verschleppung von Millionen von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern nach Deutschland vergrößerte dieses Kontingent noch deutlich. Aber – wie Solschenizyn sehr treffend gesagt hat – die paar Dutzend Bücher zu diesem

1 Pamjat, istoricheskii sbornik. Moskwa, Samisdat 1976; New York 1978: S. YII-YIII.

2 Manchmal wurden solche Bücher als Propagandastoff gegen die UdSSR verwendet; z.B.: Karl.I.Albrecht: Der verratene Sozialismus. Zehn Jahre als hoher Staatsbeamter in der Sowjetunion. Berlin 1941.

3 Z.B. Margerete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. Eine Welt im Dunkel. Köln 1952;  
Alexander Wessberg-Cybulsku: Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen. Frankfurt am Main 1951.

Thema fanden im Westen ein sehr geringes Echo und in Rußland selbst konnte sie niemand lesen.<sup>4</sup>

Heute ist es oft schwer festzustellen, wann genau die ehemaligen GULAG-Häftlinge in der Sowjetunion damit begonnen haben, ihre Erinnerungen niederzuschreiben. Viele Memoiren, die heute veröffentlicht werden oder auch in unveröffentlichter Form in den staatlichen Archiven oder beispielsweise im Archiv der Gesellschaft „Memorial“ aufbewahrt werden, sind nur sehr ungenau datiert (oft steht auf dem Manuskript nur: 1968 bis 1988).

Für die Schwierigkeit der genauen zeitlichen Zuordnung lassen sich folgende Gründe nennen:

- a) Zum einen wurden die GULAG-Erinnerungen, die nicht gezielt für die Veröffentlichung geschrieben wurden, im Lauf von einigen, oft von vielen Jahren verfaßt.
- b) Oft gab man das genaue Datum – vor allem wenn die Niederschrift der Erinnerungen noch vor Stalins Tod begonnen wurde – aus Sicherheitsgründen nicht an.
- c) Jene Personen, bei denen schon Ende der 40er Jahre das Bedürfnis entstand, die Erinnerungen niederzuschreiben, waren meist Vertreter der Überbleibsel der russischen Kulturelite. Ihre Lebensberichte begannen daher nicht mit der Beschreibung der Lager oder Gefängnisse, sondern die Lagererfahrungen waren nur ein Teil ihres langen Lebens (so zum Beispiel in den Memoiren von Nikolaj Anziferow). Die meisten dieser Personen waren in der ganz frühen Phase, also in den 20er oder zu Beginn der 30er Jahre verhaftet worden.
- d) Insbesondere nach den Massenrepressionen von 1937/1938 spielte die Angst eine große Rolle. Es war einfach sehr gefährlich, sich derartige biographische Notizen zu machen, da bei den Verhaftungen immer auch Hausdurchsuchungen durchgeführt und alle Dokumente beschlagnahmt wurden.
- e) Auch die sowjetische Wohnungsnot machte es schwierig, solche Notizen zu machen und aufzubewahren. Man lebte in Baracken und Gemeinschaftswohnungen, in denen es weder Keller noch Dachboden gab und wo der Einzelne oft nicht einmal eine eigene Ecke hatte. Besonders schlimm waren die Lebensumstände jener, die aus den Lagern entlassen wurden und in der ständigen Erwartung einer neuen Verhaftung leben mußten.

Das alles erklärt, warum – im Verhältnis zum Umfang der Repressionen und der Zahl der Überlebenden – die Menge der GULAG-Memoiren eigentlich sehr gering ist. Dabei ist außerdem zu beachten, daß die Zahl der GULAG-Inassen, die überhaupt imstande waren zu schreiben, sehr gering war. Darüber hinaus war die Tauwetterzeit, in der es nicht mehr so gefährlich schien, seine

4 Alexander Solschenizyn: *Bodalsja teljonok s dubom*. Moskwa 1996. S. 351.

Erinnerungen zu schreiben, zu kurz. Die Perestrojka – fast 40 Jahre später – haben nur noch wenige ehemalige Lagerinsassen erlebt.

Wenn man grob zusammenrechnet, was veröffentlicht wurde, was sich in den staatlichen Archiven befindet und was im Archiv der Gesellschaft „Memorial“ aufbewahrt wird, so kommt man auf eine Gesamtzahl von vielleicht 2 bis 3.000 Manuskripten. In sehr allgemeinen Zügen kann man eine zeitliche Zuordnung der Lagererinnerungen vornehmen.

## *2.2. Die Periode nach dem 20. Parteitag 1956*

Diese erste Periode umfaßt ungefähr die Zeit zwischen dem 20. Parteitag (1956) und dem 22. Parteitag (1961) und der Verbannung Stalins aus dem Mausoleum.

Natürlich gab es auch Personen, die mit der Niederschrift ihrer biographischen Lagernotizen noch vor dem 20. Parteitag begonnen hatten, aber erst die Kritik Chruschtschows an Stalin und die beginnende Rehabilitierung wurden zu einem wirklich mächtigen Antriebsfaktor für viele ehemalige Häftlinge. Für diese Periode ist charakteristisch, daß die Stalinopfer mit der Niederschrift ihrer Erinnerungen durchaus nicht in der Hoffnung begannen, diese jemals zu veröffentlichen, sondern eher im Bestreben, einfach das zu Papier zu bringen, was sie lange Zeit nur im Gedächtnis hatten aufbewahren können. Viele Memoirentexte betonen, daß ihr Durchhaltemittel nicht das Verdrängen der Schrecknisse war, die sie erlebt hatten, sondern im Gegenteil der Wunsch, sich wirklich alles ins Gedächtnis einzuprägen, um es irgendeinmal erzählen zu können. Diesen inneren Zwang formuliert Jewgenija Ginsburg so:

„Sich alles merken, um später darüber zu schreiben – das war das Hauptziel meines Lebens in diesen 18 Jahren. Das Sammeln von Stoff für dieses Buch hat in jenem Augenblick begonnen, als ich zum ersten Mal die Schwelle des NKWD-Kellers in Kasan überschritt. In all diesen Jahren hatte ich keine Möglichkeit, irgend etwas niederzuschreiben, Notizen für das künftige Buch zu machen. Alles, was ich später aufgeschrieben habe, habe ich aus dem Gedächtnis geschrieben.“<sup>5</sup>

Charakteristisch für diese Periode ist zudem, daß der Antrag auf Rehabilitierung für einige Stalinopfer der Anlaß war, mit der Niederschrift ihrer Erinnerungen zu beginnen. Deshalb sind sie auch ganz im Sinne dieses Antrages mit entsprechendem Pathos ausgestattet. Der oder die Autorin sind bestrebt zu beweisen, daß sie der Kommunistischen Partei immer treu waren, daß sie überzeugte Leninisten und keine Volksfeinde waren. Man schrieb die eigene Le-

5 Ewgenija Ginsburg: *Krutoj marschrut*. Moskwa 1990. S. 592-593.

bensgeschichte ganz im Geist des 20. Parteitages: Stalin war schuldig, nicht aber die Kommunistische Partei.<sup>6</sup>

### 2.3. Solschenizyn – „Archipel GULAG“ – Samisdat

Die zweite Periode beginnt im Jahr 1962 mit der Veröffentlichung der Solschenizyn-Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“ in der Zeitschrift „Nowij Mir“. Der unglaubliche Erfolg dieser Erzählung war für viele der letzte Anstoß, mit der Niederschrift der eigenen Erinnerungen zu beginnen oder diese fertigzustellen und sie an die Redaktionen der „dicken“ Zeitschriften zu senden.

„Moskau ging damals über vor Manuskripten von Erinnerungen, Erzählungen oder Theaterstücken über die Repressionen während der Stalin-Zeit“<sup>7</sup>, schreibt ein Zeitzeuge. Aber schon nach zwei Jahren endet das Tauwetter und die Hoffnungen der Autoren auf eine Veröffentlichung schwinden. Aber obwohl das Lagerthema neuerlich verboten wird, bleibt in der sowjetischen Gesellschaft das Interesse wach. Und das ist für viele das treibende Motiv, die biographischen Niederschriften fortzusetzen, auch ohne die Hoffnung, sie jemals zu Lebzeiten veröffentlichen zu können.

Trotzdem kann man feststellen, daß diese 15 Jahre die fruchtbarste Zeit für die GULAG-Erinnerungen waren. In dieser Zeit waren bei jenen, die in den 20er und 30er Jahren verhaftet wurden, die Erinnerungen noch „frisch“, sie konnten sich noch gut an Ereignisse, Namen und Daten erinnern.

Eine nächste Etappe begann 1972 mit der Veröffentlichung von Solschenizyns „Archipel GULAG“ im Westen. Das Buch wurde im Samisdat verbreitet und rief ein großes, wenn auch widersprüchliches Echo hervor. Die ehemaligen Häftlinge verglichen ihre Erfahrungen mit dem, was Solschenizyn schrieb und das führte auch dazu, daß man die eigenen Biographien weiterschrieb.

In den 70er Jahren wird der GULAG schließlich zum wichtigsten Thema im Samisdat.<sup>8</sup> Die Erinnerungen von Ewgenija Ginsburg, Olga Adamowa-Sliosberg und Ewgenij Gnedin, die Erzählungen von Warlam Schalamow und anderen gehen von Hand zu Hand. Gleichzeitig beginnt die geheime GULAG-Forschung: die Dissidenten-Historiker beschäftigen sich mit der Sammlung von Lagererinnerungen, quasi als Fortsetzung dessen, was Solschenizyn bei der Vorbereitung zum „Archipel GULAG“ begonnen hat. Die gesammelten Dokumente erscheinen im Samisdatband „Pamjat“. Viele Dissidenten-Historiker, die nach Art. 70, Abs. 1 und Art. 72 des sowjetischen Strafgesetzbuches („antisowjetische Agitation und Propaganda“) verurteilt werden, hatten diese Art

6 Hier sind folgende Autoren zu erwähnen: Boris Djakow, Andrej Aldan Semjonow, Galina Serebrjakowa.

7 Naum Korschawin im Vorwort zum Buch von Olga Adamowa Sliosberg: Put. Moskwa 1993. S. 3.

8 Samisdat (Selbstverlag): selbständige Veröffentlichung und/oder Vervielfältigung nichtzensurierter Texte.

historiographischer Tätigkeit betrieben. Darunter waren Roginskij (später an der Spitze von „Memorial“) und Jofe. Roginskij wurde für die Publikation des historischen Samisdat-Sammelbandes „Pamjat“ verurteilt, Jofe für die Herausgabe von „Kolokol“.

Im Lauf der Entwicklung des gesellschaftlichen Denkens in den 70er Jahren verändert sich auch der Ton dieser Erinnerungen. Langsam verschwindet jene – für die 50er und 60er Jahre typische – Gegenüberstellung, die die ehemaligen Parteifunktionäre zwischen Lenin und Stalin trafen, man widmete sich eher der Beschreibung des Lageralltages, der Details der erlebten Leiden. In den 70ern schreibt man bereits ohne jede Hoffnung auf Veröffentlichung (wenn man die Manuskripte nicht in den Westen schmuggelt oder im Samisdat herausgibt). Man schreibt für künftige Generationen, oft ganz konkret für die eigenen Enkelkinder.

Dazu läßt auch die – bei allen negativen Seiten – doch relativ große Stabilität der Breschnjew-Zeit ein. Es besteht jetzt eben doch die Möglichkeit, ein eigenes Heim zu haben (und sei es auch nur ein eigenes kleines Zimmer) und das Manuskript zu Hause aufzubewahren ohne ständige Durchsuchungen fürchten zu müssen.

#### *2.4. Die GULAG-Erinnerungen der Perestrojka-Zeit*

Mit der Machtübernahme durch Gorbatschow beginnt eine grundsätzlich neue Etappe, die in unterschiedliche Phasen eingeteilt werden kann.

##### a) Erste Phase 1987 bis 1991

Zum ersten Mal seit der Chruschtschow-Zeit erwacht in der sowjetischen Gesellschaft großes Interesse am Thema Repressionen sowie an der Lagerthematik, die nur langsam aufhört, verboten zu sein. Allmählich beginnen Veröffentlichungen von Lagererinnerungen, die früher gar nicht, oder nur im Westen erscheinen konnten. Die ehemaligen Stalinopfer haben jetzt keine Angst mehr, über ihre Vergangenheit zu sprechen, im Gegenteil, diese Vergangenheit wird zum Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit. Zum ersten Mal bekommt die Lagerbiographie eine öffentlich anerkannte soziale Bedeutung. Die Erinnerungen an den GULAG werden zur wertvollen Quelle und dies um so mehr, als die Erinnerung in diesem Moment und vorläufig noch die einzige Quelle ist, aus der man die historische Wahrheit über die Repressionen schöpfen kann. Auch bekannte Persönlichkeiten – Wissenschaftler, Schauspieler, Schriftsteller – die früher nicht gerade dazu neigten, ihre GULAG-Vergangenheit öffentlich zu betonen, beginnen jetzt, ihre früher geschriebenen Erinnerungen zu veröffentlichen oder diese jetzt niederzuschreiben.<sup>9</sup> Jene Lagerinsassen, die die neuen Zeiten noch erleben, beenden ihre Erinnerungen oder überarbeiten sie zum Teil. Angehörige bringen die Erinnerungen von Verstorbenen in die Verlage

<sup>9</sup> Folgende Autoren sollen hier erwähnt werden: Dmitrij Lichatshow, Georgij Schenow, Walerji Frid.

und zu den Zeitschriften. Das Thema wird zum meistverbreiteten in den Massenmedien.

b) Die zweite Phase 1992 bis 1995

Das Interesse an der GULAG-Thematik wird in dieser Zeit deutlich geringer. Wegen der wirtschaftlichen Krise entstehen bei vielen nostalgische Gefühle. Man sieht sich gerne alte Filme aus der Stalinzeit an, die das Fernsehen kommentarlos spielt, man hört alte Lieder. Und obwohl die Verlage zum Teil weitere Erinnerungsbücher herausbringen, werden diese mit wachsender Müdigkeit und Gleichgültigkeit aufgenommen. Auch der Mangel an neuen, talentierten Texten wirkt sich negativ auf die Verlagstätigkeit aus. Das allmähliche Öffnen der Archive, das in der zweiten Hälfte 1991 begann und der Beginn der Veröffentlichung von Archivdokumenten verringern das Interesse an der Erinnerungsliteratur weiter.

c) Die letzte Phase 1996 bis 1997

Die allgemeine Situation stabilisiert sich, die Aufmerksamkeit, die man jetzt der Lagerthematik schenkt, ist weniger politisch gefärbt, weniger fieberhaft und teilweise spekulativ wie das Ende der 80er Jahre war. Die GULAG-Erinnerungsliteratur wird weiter verlegt, allerdings in kleineren Auflagen. Diese Art von Literatur wird regelmäßig im Verlag „Swenja“ der Gesellschaft „Memorial“ (Moskau) und auch im Verlag „Woswraschtschenie“ (Moskau) veröffentlicht, Lagererinnerungen erscheinen auch in Provinzverlagen. In dieser Zeit wird auch die Veröffentlichung von Erinnerungen möglich, die früher von der liberal-demokratischen Öffentlichkeit negativ aufgenommen worden wären. So zum Beispiel die sehr offenen Erinnerungen einer Ehefrau eines prominenten Tschekisten, der an sehr vielen Repressionen mitschuldig war und dann selbst erschossen wurde.<sup>10</sup>

Schließlich entsteht auch eine neue Art von Erinnerungen: die Kinder der Stalinopfer erinnern sich an ihre Eltern, wobei diese Erinnerungen durch Dokumente (z. B. aus den Untersuchungsakten) ergänzt und kommentiert werden.<sup>11</sup>

### *2.5. Charakteristik der Erinnerungen: soziale, politische, geschlechtsspezifische und altersbedingte Besonderheiten*

Die Mehrzahl der Autoren der GULAG-Erinnerungen stammen aus ähnlichen sozialen Milieus. Es gibt verhältnismäßig wenige Texte von Personen, die zum Beispiel zum Adel oder zur vorrevolutionären Kulturelite gehörten (z. B. Oleg Wolkow, Tatjana Aksakowa, Dmitrij Lichatschew, Nikolai Anziferow). Einer der Gründe dafür dürfte die Tatsache sein, daß viele aus diesem Kreis noch während des Bürgerkriegs in die Emigration gingen. Es gibt auch nur ganz

<sup>10</sup> Mira Jakowenko: Agnessa. Moskwa 1997.

<sup>11</sup> L.K.Tankajewa: Doiti do samoj suti. Moskwa 1997. Im Buch wird die Geschichte des Vaters der Autorin erzählt, auch seine Prozeßakte wird kommentiert.

wenige Erinnerungen von verfolgten Bauern, obwohl gerade die Bauernschaft in der Stalinzeit zu jenen gesellschaftlichen Gruppen gehörte, die am meisten gelitten haben. Der Grund hierfür ist ganz eindeutig: die Mehrheit der Bauern war einfach nicht imstande, schriftlich ihre Erinnerungen niederzulegen.

Ebenso gering – im Verhältnis zum Ausmaß der Repressionen – ist die Zahl von Lagererinnerungen von Vertretern der Opposition: Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Anarchisten, Trotzisten. Das läßt sich durch die Tatsache erklären, daß sie ihren Weg durch Lager und Gefängnisse fast immer 10 bis 15 Jahre früher angetreten haben als die Opfer von 1937 und daher noch weniger Chancen hatten, jene Zeit zu erleben, in der man Erinnerungen niederschreiben konnte. Sie wurden auch erst viel später rehabilitiert.

Aus all diesen Gründen ergab es sich, daß die Autoren von Erinnerungen – vor allem in den 50er und 60er Jahren – meist überlebende Parteifunktionäre oder Vertreter der sowjetischen Intelligenzija waren, die in der Zeit des großen Terrors zwischen 1937 und 1938 in die Lager kamen.

Obwohl in allen Lagererinnerungen – aus welcher Gesellschaftsschicht der Autor auch stammen mochte – immer auch sogenannte „einfache Menschen“ vorkamen – Parteiose, Arbeiter, Kolchosbauern (dies zeigt auch, daß der Terror sich nicht nur gegen die Partielite, sondern gegen das ganze Volk richtete) – wirkt das gesamte GULAG-Bild, wenn man es nur anhand der Erinnerungen rekonstruiert, doch etwas einseitig.

Es fehlen – jedenfalls in schriftlicher Form – fast gänzlich die Erinnerungen der Täter: höhere GPU/NKWD-Leute, die die Repressionen organisierten<sup>12</sup>, Lagerleiter, Lagerpersonal. Das waren aber Hunderttausende in diesem System. Im Jahr 1939 bestand das gesamte Personal der NKWD-Organen – sowohl im Zentrum, als auch an der Peripherie – aus 363.839 Menschen<sup>13</sup>. Der Zuwachs an Personal entstand vor allem durch örtliche GULAG-Strukturen.

In den 30er Jahren wurden aber auch die GULAG-Kader Opfer der Repressionen. Alle fünf Hauptleiter, die sich in den 30er Jahren abwechselten, wurden nacheinander erschossen. Das Lagerpersonal wurde oft aus NKWD-Leuten rekrutiert, die sich der Korruption, der Trunksucht oder anderer Delikte schuldig gemacht hatten. Die grenzenlose Macht über die hilflosen Häftlinge entstellte sie noch mehr. Es ist einigermaßen verständlich, daß solche Menschen später kaum das Bedürfnis hatten, irgendwelche Erinnerungen niederzuschreiben.

Aber selbst wenn sie subjektiv „ehrliche Vollstrecker“ der stalinistischen Grausamkeiten waren, wurde die Arbeit im GULAG oder im NKWD nach

12 Es gibt praktisch fast nur ein einziges Buch von einem Autor, der aus tschekistischen Kreisen kommt, selbst verhaftet wird und den Gulag überlebt: Michail Schreider. *Sapiski tschekista*. Moskwa 1995.

13 Diese Zahlen werden im Buch von Galina Iwanowa angeführt: *GULag w sisteme totalitarnogo gosudarstwa*. Moskwa 1997. S. 161.

dem 20. Parteitag in der sowjetischen Gesellschaft weder mit Sympathie noch als ehrenvolle Tätigkeit betrachtet.

Spricht man über andere Besonderheiten der Lagererinnerungen, so muß man betonen, daß die Erinnerungen von Frauen deutlich dominieren. Und dies aus einem ganz einfachen Grund: Prozentual haben viel mehr Frauen den GULAG selbst und die Folgejahre überlebt.

Frauen erzählen die täglich wiederkehrende Routine in Gefängnissen und Lagern detaillierter, ihre Schilderungen der Folter und Leiden sind ruhiger und mit mehr Distanz verfaßt. Die Thematisierung von Liebe, Sexualität und Gefühlen – den sensibelsten Themenbereichen im GULAG – fällt ihnen leichter. Sie betrachten sich selbst als anpassungsfähiger als die Männer und betonen nachdrücklich den hohen Stellenwert von freundschaftlichen und menschlichen Beziehungen im Lager.<sup>14</sup>

## 2.6. *Thematik*

Viele Erinnerungen, vor allem jene, die in den 50er und 60er Jahren entstanden sind, sind in gewissem Sinne sehr ähnlich. Dies ist auch damit zu erklären, daß es die spezifischen Erinnerungen von Überlebenden sind. Und im Gegensatz zu den Erinnerungen von Holocaustopfern kann man hier kaum oder nur sehr wenige Reflexionen über die Tatsache selbst finden, daß man überlebt hat. Für die Mehrzahl der Autoren stellt sich gar nicht die Frage nach dem Preis des Überlebens. Und doch sind viele der Überlebenden, ganz besonders die Männer, solche, die zur Lagerprominenz gehörten. Im russischen GULAG-Jargon wurden sie „Pridurki“ genannt, also die, die durch ihre Kenntnisse oder Beziehungen eine leichtere Arbeit bekommen konnten. Das Fehlen der Reflexion hängt auch damit zusammen, daß sich gerade diese Kategorie von Häftlingen im Gefängnis und im Lager mit der Kommunistischen Partei identifizierte. Und wenn in den Erinnerungen von Scham die Rede ist, dann geht es um die Scham der Kommunisten gegenüber den Bauern aus der Westukraine oder den Ausländern über das, was sich in „unseren sowjetischen“ Gefängnissen und Lagern abspielte.<sup>15</sup>

Die GULAG-Erinnerungen (vor allem der 50er und 60er Jahre) könnte man in drei psychologische Gruppen einteilen:

- a) einfache Schilderungen der Lebenserfahrungen;
- b) der Autor, die Autorin sind Opfer der stalinistischen Willkür, bleibt den leninistischen Idealen aber treu ergeben;

14 Einen sehr guten Einblick in die Frauenthematik verschafft der Sammelband der Frauenerinnerungen: *Do dnes tjadotee*. Moskwa 1989.

15 Diese Motive findet man in den Erinnerungen von Ewgenija Ginsburg, Nina Gagen-Torn u. a.

c) die Erinnerung an die Vergangenheit als Mittel zur Selbstbestätigung: „ich habe dank meiner ungewöhnlichen Eigenschaften und meiner großen Charakterstärke überlebt“.

Im Grunde genommen kann man mehrere GULAG-Erinnerungen wegen ihrer Gleichartigkeit in einer Art epischem Hypertext zusammenlegen – natürlich mit Korrekturen, was Zeit und Ort betrifft.

Aber gerade auch dank dieser Gleichartigkeit, dank der Tatsache, daß in vielen Erinnerungen oft derselbe Menschenkreis, die selben Lager und Gefängnisse beschrieben wurden, entsteht der Effekt der Ergänzbarkeit und Überprüfbarkeit. Ein Text ergänzt oder widerlegt den jeweils anderen.

Neue Themen kommen in der neuen Zeit, vor Ende der 80er Jahre, in die Erinnerungsliteratur. Es meldet sich eine neue Generation jüngerer Autoren zu Wort, die nach dem Krieg, Ende der 40er, Anfang der 50er Jahre verhaftet worden sind. Hier geht es viel weniger um die Enttäuschung oder den Verlust des Glaubens an Stalin. Diese Menschen waren zur Zeit ihrer Verhaftung viel weniger blind, weniger fanatisiert. Vielleicht kommen gerade deshalb in ihren Erinnerungen viel mehr Alltagsgeschichten vor, Erzählungen über einzelne Episoden aus dem Lagerleben – zum Beispiel über das Theater im GULAG.<sup>16</sup>

In den Erinnerungen an die Nachkriegszeit wird die Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit immer durchlässiger, viel mehr als in den Erinnerungen der Partielite aus den 30er Jahren. Das sind schon Menschen mit frischen Kriegserfahrungen. Die Zwangsmobilisierung verschiedenster Art während des Krieges unterscheidet sich natürlich vom Lager, aber nicht wirklich grundsätzlich.

Ein anderes – sehr kompliziertes – Thema, das eigentlich (mit wenigen Ausnahmen) erst Ende der 80er Jahre auftaucht, ist das Thema des Widerstandes. Das Überleben unter unmenschlichen Bedingungen ist an und für sich schon Widerstand. Aber angeheizt durch das antitotalitäre Pathos der Perestrojka-Zeit taucht auch das Thema des aktiven Widerstandes im GULAG auf, das in den Erinnerungen manchmal in heroisch-mythologischer Art dargestellt wird. Hier ist vor allem die Rede von Aufständen im Lager oder von Gruppen von Schülern und Studenten, die die kommunistischen Ideale bereinigen wollten und nicht von Teilnehmern am Partisanenkrieg gegen das Sowjetregime in Litauen oder der Westukraine.<sup>17</sup>

16 Siehe dazu Sammelband: Teater GULaga. Wospominanija, otscherki. Moskwa 1995.

17 Eine sehr charakteristische Geschichte ereignete sich nach der Publikation der Erinnerungen des russischen Schriftstellers Anatolij Schigulin: Schwarze Steine. Moskau 1990. Dort wurde die Tätigkeit einer angeblich antisowjetischen Jugendorganisation in der Nachkriegszeit heroisiert beschrieben. Noch lebende Zeugen haben dann öffentlich den Autor beschuldigt, die Ereignisse falsch dargestellt zu haben.

## 2.7. Mündliche Erinnerungen – oral history

Ab Ende der 80er Jahre entsteht eine neue Form der GULAG-Erinnerungen – die sogenannte oral history, mündliche Erzählungen also, die auf Tonbänder, später auch auf Videobänder, aufgenommen werden. In der Zeit von Glasnost und Perestrojka, als sich noch die Überzeugung hielt, daß die Archive auf lange Zeit geschlossen bleiben würden, begannen sich die Zungen millionenfach zu lösen und bewirkten eine grandiose Erinnerungsleistung, die fast ohne Archivdokumente auskam. Im November 1988 organisierte die Gesellschaft „Memorial“ im Kulturpalast des Moskauer Glühlampenwerks eine „Woche des Gewissens“, wo an einer „Wand des Gedächtnisses“ eine Karte mit den bisher bekannten Standorten und Straflagern aushing. Diese Aktion hatte eine ungewöhnliche Wirkung: viele gingen zur Karte und vermerkten darauf immer neue Punkte und Namen. In einem Akt kollektiver Erinnerung wurden auf dieser Karte immer neue Fakten unserer Vergangenheit sichtbar.

Tonbandaufnahmen oder einfach stenographische Aufzeichnungen wurden auch früher schon von nicht offiziellen Historikern gemacht, aber besondere Bedeutung erlangte diese Methode erst am Ende der 80er Jahre. Sie bot die Möglichkeit, einen breiteren Kreis von Menschen nach ihren Lebenserfahrungen zu befragen, vor allem jene, die aus verschiedenen Gründen keine schriftlichen Erinnerungen verfaßt hatten, auch aus Angst, die jetzt langsam verschwand. Für jene, die selbst nicht schreiben konnten oder wollten, erwies sich diese Form des Erinnerns als wesentlich spontaner und natürlicher. Wie die Praxis zeigte, konnte man im Gespräch kompliziertere und schmerzhaftere Themen aufgreifen, die zu Papier zu bringen man gezögert hätte. Darüber hinaus konnte über die mündliche Form der Erinnerung die Lagersprache viel besser fixiert werden, die unter dem sozio-linguistischen Aspekt ein Schlüssel zum besseren Verständnis der Lagerpsychologie ist. Eine Sammlung von Tonbändern mit mündlichen GULAG-Erinnerungen befindet sich im Archiv von „Memorial“, im Zentrum für oral history an der „Staatlichen Russischen Universität für humane Wissenschaften Moskau“<sup>18</sup> und auch im Moskauer Volksarchiv<sup>19</sup>.

Jetzt, da sich die mit der Geschichte der Repressionen verbundenen Archive langsam öffnen, entsteht endlich die Möglichkeit, verschiedene Quellen zu vergleichen. Aber selbst wenn die ausführliche Erforschung der GULAG-Archive uns Informationen über die Lagerordnung, die Lebensmittel- und Sanitätsnormen und andere Aspekte des Häftlingslebens geben werden (und bisher haben sich die russischen Historiker damit noch kaum beschäftigt), kann das die Bedeutung der GULAG-Erinnerungen nicht mindern. Denn die offiziellen

18 Das Lehrzentrum für mündliche Geschichte – oral history wurde auf Initiative des Rektors der Russischen Staatlichen Universität (RGGU) Jurij Afanasjew gegründet. Aufgabe des Zentrums war und ist die Realisierung der Idee „die Menschen machen ihre Geschichte selbst“ durch aktive Einbeziehung der Studenten in kollektive Massenbefragungen von Teilnehmern und Zeitzeugen historischer Ereignisse.

19 Moskowskij Narodnij Archiv.

Dokumente sagen meistens etwas ganz anderes aus, als das, was im Gedächtnis der ehemaligen Häftlinge aufbewahrt ist.

### *3. Der Zustand russischer Archive zur GULAG-Thematik*

Das Problem der Öffnung jener sowjetischen Archive, in denen sich Dokumente über die Repressionen befanden, stand schon ab Mitte der 70er Jahre im Mittelpunkt des Interesses des demokratisch gesinnten Teils der sowjetischen Gesellschaft. Einen wichtigen Anstoß dazu gab Solschenizyns Buch „Archipel GULAG“, in dessen Vorwort der Autor den Archiven bittere Worte widmete: „Der Zugang zu den Dokumenten war mir verschlossen. Aber werden sie jemals für jemanden zugänglich sein? ... Die sich nicht erinnern wollen, hatten Zeit genug, alle Dokumente bis auf das letzte Blatt zu vernichten.“<sup>20</sup>

Die Forderung, die KGB-Archive zu öffnen und die Verbrechen des Regimes publik zu machen, wurde in dem darauffolgenden Jahrzehnt zu einem zentralen Element der Appelle der Dissidenten an die Staatsorgane. Aber alle Forderungen besaßen natürlich rein deklamatorischen Charakter: kaum jemand glaubte, daß sie je Wirklichkeit werden könnten.

Heute ist keine ernsthafte Beschäftigung mit der GULAG-Thematik ohne gründliche Erforschung von Archivquellen möglich. Bis Mitte 1991 waren alle GULAG-Archive praktisch geschlossen. Erst ab Herbst 1991 begann die langsame Öffnung der Archive. Und auch wenn heute den Forschern nur ein geringer Teil der riesigen Masse an Dokumenten zugänglich ist, die das sowjetische Gefängnis- und Lagersystem betreffen, so kann man sich jetzt doch ein einigermaßen komplettes Bild davon machen, was wo aufbewahrt wird.

#### *3.1. Die Parteiarchive<sup>21</sup>*

Der lange vorherrschende Mythos, daß für die Organisation und Durchführung der Repressionen und für die Organisation der Gefängnis- und Lagerstrukturen eigentlich nur die NKWD-Organen verantwortlich waren und die Kommunistische Partei darauf keinen unmittelbaren Einfluß nehmen konnte, ist heute nicht mehr existent. Anhand der jetzt zugänglichen Dokumente läßt sich klar belegen, daß alle wichtigen Entscheidungen in Bezug auf den GULAG – auch sol-

20 Alexander Solschenizyn: Der Archipel GULag, Bern.o.J., S. 10.

21 Für das sowjetische Archivsystem ist die Teilung der Archive in eigentlich staatliche (einem staatlichen Archivdienst unterstellte) und amtsgebundene (die voll oder zum Teil der jeweiligen Behörde unterstellt sind) üblich. Behörden sind in der Regel verpflichtet, ihre Materialien in gewissen Zeitabständen (im Durchschnitt 10 bis 20 Jahre) an ein staatliches Archiv zu übergeben. Nur einige wenige, so das Archiv des Verteidigungsministeriums, des Außenministeriums usw., haben das Recht, ihre Dokumente auf Dauer zu behalten. Die Organe der Staatssicherheit übergaben ihre Materialien nie an die Staatsarchive. Die Archive der KPdSU gehörten nicht zum Staatlichen Archivfonds.

che organisatorischer Art - auf allen Ebenen sowohl der staatlichen als auch Parteiführung getroffen wurden, die Parteispitze mit eingeschlossen.

Die Materialien über den GULAG befinden sich im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (das ehemalige Archiv des Politbüros der KPdSU)<sup>22</sup>, im RCCHIDNI (dem Russischen Zentrum für die Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte)<sup>23</sup> und in den regionalen Parteiarchiven.

a) Im Präsidentenarchiv sind alle Politbürobeschlüsse zu finden, die mit dem GULAG in Zusammenhang stehen. Sie sind zwar nach Themen geordnet, aber Beschlüsse zum GULAG können sich auch in ganz anderen Mappen befinden, so z. B. bei der Eröffnung eines neuen Bauobjektes, das von GULAG-Häftlingen errichtet werden soll. Das Präsidentenarchiv ist deshalb so wertvoll, weil dort neben den Politbürobeschlüssen auch jene Materialien aufbewahrt werden, die diese Beschlüsse begründen (das sind in der Regel jene Unterlagen, die jedes Politbüromitglied vor der entsprechenden Sitzung erhalten hat.) Dank dieser Dokumente ist es möglich, die Grundlage und Motive vieler in Bezug auf den GULAG getroffenen Entscheidungen klarzustellen.

Im Präsidentenarchiv werden auch die persönlichen Bestände von Parteiführern wie Stalin und Berija aufbewahrt, und auch in diesen Beständen finden sich viele Dokumente, die mit dem GULAG zu tun haben.

Allerdings bleibt dieses Archiv der höchsten sowjetischen Parteiebene den Forschern faktisch verschlossen, denn der Zugang zu den Dokumenten ist in der Praxis sehr eingeschränkt. In diesem Archiv ist keine freie Suche möglich, sondern nur konkrete Anfragen, die der eine oder andere Archivmitarbeiter beantwortet oder nicht.

b) Im Parteiarchiv der niedrigeren Ebene – dem RCHIDNI – werden die Originale der Protokolle der Politbürositzungen aufbewahrt. Sie sind 1994 an dieses Archiv übergeben worden. Der Zugang zu diesen Dokumenten ist praktisch freigegeben worden, vor allem der Zugang zu jenen Dokumenten, die aus der GULAG-Periode stammen. Diese Protokolle sind allerdings nicht thematisch geordnet, und um die Entscheidungen und Beschlüsse zu finden, die mit dem GULAG zu tun haben, muß man eine riesige Menge von Dokumenten durcharbeiten. Im Unterschied zum Präsidentenarchiv gibt es zu diesen Beschlüssen und Direktiven auch kaum Erläuterungen.

Im RCHIDNI werden auch die Materialien des Sekretariates der KPdSU aufbewahrt. Auch hier gibt es Dokumente, die mit dem GULAG verbunden sind, diese beziehen sich aber meist auf ganz konkrete Fragen, wie z. B. die Kaderfrage: Wenn das Politbüro die Eröffnung eines neuen Lagers beschlossen hat,

22 Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii, gegründet 1993.

23 Rossijskij Centr Chranenija i izucenija Dokumentow Nowejschej Istorii (RCCHDNI), gegründet 1991 als Nachfolge des ehemaligen Parteiarchivs der KPdSU.

so hatte das Sekretariat beispielsweise über die Ernennung seines Kommandanten zu entscheiden.

Schließlich werden im RCHIDNI auch die persönlichen Bestände einiger Staats- und Parteiführer aufbewahrt, z. B. der Bestand des NKWD-Volkskommissars Eschow, in dem man auch Dokumente über den GULAG finden kann. Darüber hinaus werden dort die Partei-Personal-Akten der GULAG-Mitarbeiter aufbewahrt, was für die Feststellung der biographischen Angaben sehr wichtig ist.<sup>24</sup>

c) Sehr wertvolles Material wird in den Gebiets- oder Regionsparteiarchiven aufbewahrt. Dort befinden sich auch die Dokumente der Politabteilungen der Lager und Parteiorganisationen der Besserungsarbeitslager. Denn in vielen Regionen und Gebieten der UdSSR stellten die Lager einen so wichtigen wirtschaftlichen Faktor dar, daß sie ständiges Thema in den Parteiorganisationen auf der Bezirk- oder Kreisebene waren.

Die Leiter der besonders großen Lager waren in der Regel auch Mitglieder des Bezirksparteikomitees oder sogar Büromitglieder der Bezirkskomitees.

### *3.2. Staatliche Sowjetische Archive*

a) Besonders wichtig ist hier das Archiv des Rates der Volkskommissare, später Ministerrat<sup>25</sup>. Für die Geschichte des GULAG ist dieses Archiv unentbehrlich, weil alle Beschlüsse des Politbüros als Entscheidungen des Rates der Volkskommissare bezeichnet wurden (so z. B. alle Entscheidungen über die Finanzierung des GULAG-Systems, die Finanzierung der Massenrepressionen, oder auch die Finanzierung der Deportationen der Völker und Nationalitäten der UdSSR). Hier befinden sich auch die Regierungsbeschlüsse über die Eröffnungen von Bauprojekten, in deren Nähe es Lager geben sollte, und auch Materialien über die wirtschaftliche Umprofilierung der Lager. Diese Archive gehören noch heute zu den am wenigsten erforschten, denn nur ein kleiner Teil ihrer Dokumente ist an die staatlichen Archive übergeben worden.

### *3.3. Archive der Ministerien und Ämter*

Hier geht es vor allem um das Archiv des GULAG selbst, d. h. das Archiv der Hauptverwaltung der Lager. Diese Verwaltung gehörte dem Innenministerium (MWD) an, und ihr Archiv wurde deshalb gemeinsam mit den übrigen Bestän-

24 Die Dokumente über die Zahl der Lagerinsassen sind z. B. im Bestand 89 des RCCHIDNI zu finden.

25 Archiv Sownarkoma-Sowmina.

den des MWD-Archives 1960 an das staatliche Archiv (heute: Staatliches Archiv der Russischen Föderation, GARF<sup>26</sup>) übergeben.

Folgende Bestände des GARF sind mit dem GULAG-Thema verbunden:<sup>27</sup>

a) Die Dokumente des Sekretariats von MWD/NKWD. Hier ist die gesamte verpflichtende Basis von NKWD/MWD zusammengefaßt, d. h. hier findet man in der chronologischen Folge geordnet alle Befehle, die von diesem Ministerium erteilt wurden, darunter auch Befehle, den GULAG betreffend. Die Forschungsschwierigkeiten hier bestehen darin, daß diese Befehle und die Direktiven aber nicht vollständig sind, denn ein Teil des Materials verblieb bei der Trennung von MWD und KGB im Jahr 1954 beim KGB. Zusammenfassend könnte man sagen, daß sich die GULAG-Befehle in einem Archiv-Dreieck zwischen GARF, MWD<sup>28</sup>, und FSB (ehem. KGB)<sup>29</sup> befinden. Es handelt sich hier v. a. um Befehle zur Eröffnung, Schließung und Umprofilierung von Lagern.

Im GARF – im Bestand der Dokumente des Sekretariats des NKWD/MWD – befinden sich die Dokumente aus den sogenannten Sondermappen, d. h. die Kopien jener Dokumente, die von vom NKWD/MWD an die Spitze der Partei- und Staatsführung gegangen sind. In den letzten Jahren wurden vom GARF die Kataloge von Sondermappen Stalins, Berijas, Molotows und Cruschschows herausgebracht.<sup>30</sup> Es handelt sich hier hauptsächlich um Informationsdokumente, die dem NKWD so wichtig erschienen, daß man es für nötig hielt, sie der Staatsführung zu übermitteln.

Von den NKWD und MWD-Befehlen sind de facto nur die Hälfte freigegeben worden, rund 1.200.000 Dokumente. Die Dokumente der Sondermappen unterliegen zum Teil noch der Geheimhaltung. So stehen die Dokumente aus der Sondermappe Berijas faktisch alle noch unter Verschuß.<sup>31</sup>

b) Im GARF befinden sich auch die Dokumente aus dem Bestand des GULAG (d. h. der Hauptverwaltung der Lager) selbst. Dieser ist nach Abteilungen strukturiert, die in die Hauptverwaltung der Lager eingegliedert wurden.

Neben den Dokumenten aus der GULAG-Verwaltung gibt es im GARF aber auch Dokumente einer ganzen Reihe anderer Hauptverwaltungen des Innen-

26 Gosudarstvennyi Archiv Rossijskoj Federacii, gegründet 1992 als Nachfolge des Zentralen Staatsarchivs der Oktoberrevolution.

27 Im GARF befinden sich die GULag-Dokumente in folgenden Beständen: ff. 9401, 9414. Im f. 9401 sind die Befehle, Direktiven, Anweisungen und Anordnungen der Leitung der OGPU-NKWD-MWD zu finden. Im f. 9414 unmittelbar GULag-Dokumente.

28 Zentralarchiv des Innenministeriums der Russischen Föderation (Centralnyi Archiv Ministerstwa Wnutrennich del).

29 Zentralarchiv des Bundesdienstes für Sicherheit der Russischen Föderation (Centralnyi Archiv Federalnoj Sluzby Bezopasnosti Rossijskoj Federacii (CAFBSB).

30 Die Dokumente der Sondermappen sind im Bestand 9401, op. 2 zu finden; Katalog: Ocobaja Papka I.W. Stalina. Katalog dokumentow 1944-1953. Archiv nowejschej istorii Rossii.t.1. GARF, Moskwa 1994.

31 Osobaja papka L.P.Berija 1944-1953. Katalog dokumentow. GARF, Moskwa 1996.

ministeriums<sup>32</sup>, die mit den GULAG-Strukturen eng verbunden sind. Manchmal wurden einzelne Lager diesen Hauptverwaltungen direkt unterstellt, manchmal verwalteten sie Bauobjekte, an denen GULAG-Häftlinge arbeiteten. Der Zugang zu diesen Dokumenten ist ganz unterschiedlich, z. B. sind die Dokumente der Hauptverwaltung für den Bau von Fernstraßen<sup>33</sup> frei zugänglich, während die Dokumente von Glawpromstroj (der Hauptverwaltung für Industriebauten) nicht zugänglich sind<sup>34</sup>, weil diese mit dem Bau von Atomobjekten befaßt war.

### 3.4. Das MWD-Archiv

Wie bereits erwähnt, hat das MWD (Ministerium des Inneren) einen Teil der Dokumente seinerzeit nicht an das Staatliche Archiv der Russischen Föderation übergeben. Das sind in erster Linie all jene Dokumente, die mit der Tätigkeit der operativen tschekistischen Abteilungen im Lager in Zusammenhang stehen, d. h. alle Dokumente zu Repressionen im Lager selbst, zur Erfassung der Stimmungen unter den Häftlingen oder zu der Bearbeitung einzelner Häftlinge. All diese Materialien sind im Archiv des MWD geblieben, gelten als geheim und sind für die Forscher unerreichbar.

Auch im MWD-Archiv (nun Hauptinformationszentrum, GIZ) gibt es sehr wichtiges Material für die GULAG-Forschung: die Lagerberichte. Das sind vor allem die Dokumente über die Lageraufstände, eine ausführliche Statistik und die Karten über die Dislozierung der Lager.

In jeder Region der Russischen Föderation gibt es ein regionales MWD-Archiv (heute heißen diese Archive Informationszentren), wo die Archive der Kolonien aufbewahrt werden, die der regionalen MWD-Verwaltung unterstellt waren. Hier finden sich auch die Archive der Lager der betreffenden Region wieder. Nach der Auflösung der Lager wurden ihre Archive üblicher Weise nach dem territorialen Prinzip an die regionalen MWD-Archive übergeben.

Darüber hinaus findet man in diesen regionalen MWD-Zentren so wichtige Informationsquellen, wie die Kartei all jener, die während der ganzen sowjetischen Periode in der betreffenden Region inhaftiert worden waren.

Hier gibt es auch einige Archivbestände zu jenen Institutionen, die nicht unmittelbar dem MWD unterstellt waren, wie z. B. der GUPWI, das heißt Dokumente aus den Kriegsgefangenenlagern, die in den betreffenden Regionen errichtet worden waren.

32 Es gibt im GARF eine Reihe von Beständen der Hauptverwaltungen, in die auch Lager eingliedert waren: f. 8360, Die Hauptverwaltung für Holzwirtschaft; f. 8361, die Hauptverwaltung für die Bergbau- und metallurgische Industrie; f. 8363, der Asbestindustrie; f. 9407, die Hauptverwaltung für den Bau der Eisenbahnstrecken; f. 8541, die Hauptverwaltung für den Industriebau u. a.

33 GARF, f. 9419.

34 Ebenda, f. 8541.

Schließlich befindet sich Material über den GULAG in den Archiven der heute noch existierenden Lager, die an Stelle der alten getreten sind. (z. B. der Dubrawlag, wo die politischen Häftlingen der 60-80-er Jahre inhaftiert waren und wo sich in den Stalinzeit die Temniki-Lager befanden). Diese Lagerarchive enthalten Lagerbefehle und Personalakten der Häftlinge. Doch diese Angaben sind nicht genau. Noch 1956 hat der MWD einen Band herausgebracht, in dem alle Lager, die zu dieser Zeit noch existierten, und auch die Orte angegeben waren, an denen die Lagerarchive aufbewahrt wurden. Doch solch ein Band ist seit der Zeit nie wieder veröffentlicht worden.

### *3.5. Das Archiv des ehemaligen KGB-CAFSB*

In diesem Archiv befinden sich kaum Dokumente über die Geschichte des GULAG, wohl aber zahlreiche Dokumente über die Geschichte der Repressionen: auf dem gesamten Territorium Rußlands sind etwas mehr als 5 Millionen Akten vorhanden, die sich folgendermaßen unterteilen:

- Operative Bestände, bestehend aus Akten zur operativen Erfassung und aus Agentenakten .
- Prozeßakten – d. h. Akten über Personen, gegen die die Staatssicherheitsorgane Voruntersuchungen wegen des Verdachtes von Staatsverbrechen durchgeführt haben.

Über den GULAG und das Gefängnissystem gibt es hier relativ wenige Dokumente, die meist aus den 20er Jahren stammen, wo einige Inhaftierungsstellen noch der GPU (also der Vorgängerin des KGB) unterstellt waren.

### *3.6. Amtsgebundene Archive*

Dokumente über den GULAG findet man auch in einigen amtsgebundenen Archiven wie zum Beispiel im Archiv des Volkskommissariates (später Ministerium) für Justiz. Dies sind beispielsweise die Ergebnisse der Tätigkeit jener Kommissionen, die GULAG-Institutionen überprüfen sollten. Auch in den Archiven des Obersten Gerichts der UdSSR und der Generalstaatsanwaltschaft gibt es einige Dokumente.<sup>35</sup>

### *3.7. Archive und das Gefängnissystem*

Bisher war vor allem von jenen Archiven die Rede, die uns Einblick in die Organisation des Lagersystems geben. Was aber die Archive des Gefängnissystems betrifft, so muß hier betont werden, daß die Gefängnisse in der Sowjetunion eine relativ kleine Rolle spielten. Schon ab 1929 ging die Entwicklung

<sup>35</sup> Z.B. im GARF, Archiv der Generalstaatsanwaltschaft, f .8131.

ganz eindeutig dahin, daß die Gefängnisse in der Sowjetunion vor allem für die Untersuchung der Verhafteten dienen sollten. Dennoch konnte der Staat nicht ganz auf die Gefängnisse als Strafvollzugsstellen verzichten. In den 20er und 30er Jahren dienten sie als Politisolator für einige politische Häftlinge, später dann beherbergten sie prominente Insassen.

Die Materialien über die Gefängnisse werden im ehemaligen KGB-Archiv, in den Beständen der Gefängnisabteilung aufbewahrt.<sup>36</sup>

Was aber ist von den Menschen selbst – von den Häftlingen also - geblieben?

a) In erster Linie die Personalakten der Häftlinge, die allerdings eine begrenzte Aufbewahrungsfrist hatten. In ihnen wird das gesamte „Leben“ des Häftlings nach seiner Verurteilung erfaßt. Wenn diese Akten noch nicht vernichtet sind – zur Zeit ist wieder ein aktiver Prozeß der Vernichtung in Gang gekommen – dann sind diese Akten in den noch existierenden Lagerarchiven zu finden oder im Zentralen Archiv des MWD. Die Personalakten der in der Sowjetunion inhaftierten Ausländer haben eine unbegrenzte Aufbewahrungsfrist und sind im ehemaligen Sonderarchiv (CChiDK)<sup>37</sup> zu finden.

b) Die bereits erwähnten Prozeßakten: im Gegensatz zu den Personalakten der Inhaftierten, haben diese Akten eine unbegrenzte Aufbewahrungsfrist. Hier sind die Ergebnisse der Untersuchungen festgehalten, die – zumindest formell – mit Genehmigung des Staatsanwalts aufgenommen wurden und zu einer gerichtlichen oder administrativen Entscheidung hinsichtlich der Verurteilung oder Begnadigung der betreffenden Person führten. Solche Akten enthalten neben Personalien auch Vernehmungsprotokolle, Gegenüberstellungen, die Anklageschrift sowie das Urteil oder einen dieses ersetzenden Beschluß. Operative Materialien sind hier in der Regel nicht vorhanden. Diese Dokumente sind insbesondere für Zwecke der Statistik von besonderem Wert: sie geben nämlich Aufschluß über die Gesamtzahl jener, die der politischen Verfolgung zum Opfer gefallen sind. Nach Angaben des KGB handelt es sich hier um 4.200.000 Fälle. Diese Prozeßakten sind eine sehr komplizierte und widersprüchliche Quelle, mit der man sehr behutsam umgehen muß. Denn sie enthalten eine Fülle von direkten und indirekten Fälschungen, Selbstbeschuldigungen und Falschaussagen, von Zeugnissen der Selbsterniedrigung und des Verrats. Obwohl dies offensichtlich auf die brutalen Ermittlungsmethoden, meist schreckliche physische und moralische Folterungen zurückzuführen ist, läßt sich die Atmosphäre, die aus den Erinnerungen ehemaliger Häftlinge wohl bekannt wird, aus den Akten nicht herausspüren. Man muß also nicht nur quellenkritische historische Kenntnisse, sondern auch ein besonderes historisches und menschliches Gefühl besitzen, wenn man die Prozeßakten für die Forschungsarbeit und für wissenschaftliche Publikationen verwenden will.

36 Auch im GARF sind die Dokumente über Gefängnisssystem zu finden: ff. 393, 4042.

37 Centr Chranenija Istoriko-Dokumentalnich Kollekcij (Zentrum für die Aufbewahrung Historisch-Dokumentarischer Sammlungen).

c) In jenen Fällen, wo der Betroffene nicht verhaftet war, aber unter sogenannter „operativer Erfassung“ stand, müßten sich die Akten grundsätzlich bei jener Organisation, die mit dieser Erfassung beschäftigt war, also bei den Staatssicherheitsorganen befinden. Für diese Akten gilt eine begrenzte Aufbewahrungsfrist, grundsätzlich waren sie aber zu vernichten, wenn die betroffene Person das Alter von 75 Jahre erreicht hatte. Dieser Bestand im ehemaligen KGB-Archiv ist nicht sehr groß, weil er mehrmals gesäubert wurde. Einmal in der Chruschtschow-Zeit, zuletzt dann in den Jahren 1989 bis 1991.

### *3.8. Der Zugang zu den Archivmaterialien des GULAG*

Der Zugang zu den russischen Archiven war nur in einer kurzen Zeitspanne von 1992 bis 1993 für die Wissenschaft erleichtert. In dieser Zeit hatte man es nämlich den Archiven selbst überlassen, die Geheimhaltung der Dokumente aufzuheben. Nach der Annahme des Rehabilitierungsgesetzes (18.10.91)<sup>38</sup> durch den Obersten Sowjet Rußlands konnten politisch Verfolgte und ihre Angehörigen Einsicht in die Akten nehmen (Art. 11). Der KGB allerdings interpretierte diesen Artikel 11 restriktiv: ausschließlich Opfer der Repressionen und ihre Angehörigen oder von ihnen bevollmächtigte Personen durften Einsicht in die Akten nehmen. Das hatte zur Folge, daß Wissenschaftler, die über bestimmte Themen oder historische Persönlichkeiten arbeiteten, wiederum keine Möglichkeit hatten, Einsicht in diese Akten zu bekommen. Für die ehemaligen Häftlinge und ihre Angehörigen ist eine mögliche Einsicht auch eine Frage ihres persönlichen Ansehens bzw. des Ansehens ihrer Familie. Einige sorgen sich wegen der Aussagen, die den Angeklagten selbst oder andere belasten, andere um das Bild der politischen Einstellung des Angeklagten, das sich aus den Unterlagen ergibt, manche beunruhigen schließlich persönliche Geheimnisse. So sind sich viele in der russischen Gesellschaft einig, daß der Zugang zu den Akten begrenzt werden muß.

Was die operativen Bestände anbetrifft, so wurde nach einigen Enthüllungskandalen das neue Gesetz über die „Operativ-nachforschende Tätigkeit“ (13.3.92) angenommen. Dieses Gesetz betrachtet Personen, die mit den Organen zusammenarbeiten oder zusammen gearbeitet haben, quasi als „Staatsgeheimnisse“, die nur mit dem Einverständnis der Betroffenen verbreitet werden dürfen. Nach diesem Gesetz sollten also die betroffenen Bürger weder Zugriff auf die Namen der Agenten haben noch auf die sie selbst betreffenden Dossiers. Auch die Organisation und die Durchführungstaktik operativer Aufklärungsmaßnahmen wurden zum Staatsgeheimnis erklärt.

Bald nach 1992 haben die staatlichen Organe den Prozeß der Freigabe der gesperrten Dokumente übernommen und seit dieser Zeit hat sich der Prozeß merkbar verlangsamt. Dieses allgemeine Bremsen hat zwei Gründe: zum einen die traditionell in den russischen Archiven vorherrschende Mentalität, daß man

38 Reabilitazija narodow i graschdan. 1954-1994. Sost. I. Aliew. Moskwa 1994. S. 177-183.

die Forscher nicht an die Dokumente heranlassen dürfe. Immerhin sitzen zum Teil noch jene Kader in den Archiven, die zu Sowjetzeiten ausgebildet worden sind. Zum zweiten bringt das neue ideologische Konzept, das Hinsteuern auf ein neues starkes Rußland, auch die Tendenz mit sich, ein Ende der „Schwarzmalerei“ der Vergangenheit zu wünschen. Ganz in diesem Sinne ist der Erlaß des Präsidenten aus dem Sommer 1992<sup>39</sup>, wonach alle Materialien, die mit den Massenrepressionen im Zusammenhang stehen, freizugeben sind, bisher nur zu 10% erfüllt. Der Großteil der Dokumente ist bis heute nicht freigegeben worden.

#### *4. Die Organisationsstruktur des sowjetischen Strafvollzugssystems.*

##### *4.1. Das Strafvollzugssystem im zaristischen Rußland*

Die Organisationsstruktur und die materielle Basis der Haftanstalten nach der Oktoberrevolution stützen sich auf das Gefängnisssystem, das bereits im zaristischen Rußland existiert hatte. Dieses System bestand im wesentlichen aus Katorga-Gefängnissen und Gouvernement-Haftstellen, die der Hauptgefängnisverwaltung (GTU) unterstellt waren, welche ihrerseits wiederum in das Justizministerium integriert war.<sup>40</sup> Im zaristischen Rußland gehörte, neben der Hinrichtung, die Katorga zu den härtesten Strafen. Katorga-Gefängnisse befanden sich in der Regel in sehr schlechtem Zustand und waren stets überfüllt. Eine weitere Art der Bestrafung, die auch sehr häufig angewandt wurde, war die Verbannung. Die zaristische Regierung finanzierte den Strafvollzug voll und ganz und rechnete gar nicht mit einer „Selbstfinanzierung“ oder gar Besserung der Häftlinge. Anfang 1917 betrug die Gesamtzahl der Inhaftierten in Rußland 155.134.<sup>41</sup>

Sofort nach der Februarrevolution begann die Provisorische Regierung mit der Liberalisierung und Humanisierung des Strafvollzuges. Es wurde eine umfassende Amnestie angekündigt und die Verbannung wurde als Strafart abgeschafft.

Diese Entwicklung wurde aber durch die Oktoberrevolution gestoppt. Man begann das gesamte alte staatliche System zu zerschlagen und damit auch den Strafvollzug.

In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution zeichnen sich zwei Perioden in der Geschichte des sowjetischen Strafvollzugssystems ab: die erste bis zum

39 Ukas Presidiuma RF „O snjatii ogranichitelnych grifow s zakonodatelnich i inich aktow, sluschisch osnowaniem dlja massowich repressij“ ot 22.06.93 In: „Lgoti i kompensazii postradawschim ot repressij. Moskwa 1995. S. 216-217.

40 M.G.Detkow. „Sodershanie penitenziarnoj politiki Rossijskogo gosudarstwa i eje realizatsija w sisteme ispolnenija ugolownogo nakasanija w wide lischenija swobodi w period 1917-1930 godow. Moskwa 1992. S. 8.

41 Ebenda, S. 11.

Ende des Bürgerkrieges im Herbst 1922, und die zweite bis zum Beginn der Massenkollektivierung 1930.

#### *4.2. Das Sowjetische Strafvollzugssystem während des Bürgerkrieges 1917-1922*

Bald nach dem Oktober 1917 begann man – parallel zur Tätigkeit des Volkskommissariats der Justiz (NKJu), das auch die die alten zaristischen Gefängnisstrukturen verwaltete – die eigenen Wtscheka<sup>42</sup>- Haftstellen aufzubauen. Nach dem Beginn des Bürgerkrieges in Mai 1918 spielten sie für die Bolschewiki eine immer wichtigere Rolle, weil es sich die bolschewistische Regierung nicht leisten konnte, die Feinde der Revolution in schlecht oder kaum bewachten Gefängnissen des Justizministeriums unterzubringen. Es wurde beschlossen, für diesen Zweck die Strukturen der Militärorganisationen zu nutzen: Wtscheka und die Zentrale Kommission in der Sache der Kriegsgefangenen und Flüchtlinge (Zentrplenbesch) beim Volkskommissariat für die Militärangelegenheiten der Russischen Föderation.

Dieser Kommission unterstand ein ganzes Netz von Konzentrationslagern, in denen die Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges interniert waren (Anfang 1918 waren es 220.000).<sup>43</sup> Nach dem Abkommen von Brest-Litowsk und dem Beginn des Austausches von Kriegsgefangenen beschloß man, einige dieser Konzentrationslager für die Internierung der von den Bolschewiken Verhafteten zu nutzen.<sup>44</sup> Zur Verwaltung dieser Lager wurde beim Volkskommissariat des Inneren (NKWD) eine Abteilung für Zwangsarbeit gegründet (nach dem Beschluß des WZIK – Allrussische Zentrale Exekutive – vom 15.04. 1919), die ein Jahr später in Hauptverwaltung für Zwangsarbeit (GUPR) umbenannt wurde.<sup>45</sup>

Offiziell gab es damals 5 verschiedene Typen von Lagern:<sup>46</sup>

- a) Lager zur Sonderverwendung, in denen Ausländer, prominente Häftlinge oder Geiseln untergebracht waren, die bis zum Ende des Bürgerkrieges interniert bleiben sollten;
- b) Konzentrationslager allgemeinen Typs;
- c) Lager für Kriegsgefangene;
- d) Arbeitslager;
- e) Durchgangslager.

In den NKWD-Dokumenten aus dieser Zeit werden die Begriffe „Zwangsarbeitslager“ und „Konzentrationslager“ gleichermaßen verwendet.<sup>47</sup> Die GUPR

42 Allrussische Außerordentliche Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution und Spionage.

43 GARF, f. 3333, op.1, d.3, l.35; op.2. d.11, l.63; op.23, d.1, l.13.

44 Ebenda, op.23, d.1, l.20.

45 Dekreti sowjetskoj vlasti. T. 5. Moskwa 1971. N38, S. 69,97.; GARF, f. 4042, op.8, d.5, l.45.

46 GARF, f. 393, op.13, d.1w, l.112.

verwaltete diese Lager in enger Zusammenarbeit mit der Wtscheka, begünstigt auch durch die Tatsache, das Felix Dzerschinski damals sowohl das NKWD als auch die Wtscheka leitete. Im Jahre 1921 waren in den NKWD- und Wtscheka-Lagern 73.194 Personen inhaftiert (17% davon wegen der kontrarevolutionären Tätigkeit).<sup>48</sup>

Nach dem Plan der bolschewistischen Regierung waren alle Haftstellen, die dem Justizministerium unterstanden (251 Gefängnisse, Besserungshäuser, landwirtschaftliche Kolonien) für gemeine Verbrecher bestimmt, und die Lager der GUPR-NKWD dagegen für die Isolierung realer und potentieller Feinde der Sowjetmacht. Da es aber zu dieser Zeit noch kein Strafgesetzbuch gab, hielt man sich auch nicht an diese Kategorien.

#### *4.3. Die Haftstellen der NÖP-Periode*

Nach dem Ende des Kriegskommunismus und der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) begannen die zwischenamtlichen Kämpfe um die Verwaltung der Haftstellen. Das Volkskommissariat der Justiz kämpfte darum, daß alle Haftstellen unter seine Aufsicht gestellt würden und gegen die weitere Anwendung der Sondermaßnahmen. Nach der Meinung der sowjetischen Justizvertreter sollte in der sowjetischen Strafvollzugspolitik das Besserungsmoment dominieren.<sup>49</sup> GUPR-NKWD wiederum bestand vor allem auf dem Prinzip der Selbstfinanzierung.<sup>50</sup> Die NKWD-Dokumente aus dieser Zeit klingen sehr demagogisch. Immer wieder wird in ihnen darauf hingewiesen, daß unter den Mitarbeitern der eigenen GUPR-Verwaltung ein hoher Prozentsatz Kommunisten und Proletarier sind, während sich im System des Justizministeriums alte vorrevolutionäre Kader eingemischt hätten.<sup>51</sup> Im Endeffekt siegte das NKWD in dieser Auseinandersetzung.

Am 9. Februar 1922 wird die Wtschka zwar liquidiert, statt ihr wird aber innerhalb des NKWD die sogenannte Hauptpolitische Abteilung (GPU) geschaffen.<sup>52</sup> Am 25. Juli 1922 beschloß der Rat der Volkskommissare (Sownarkom), alle Strafvollzugsstellen des Volkskommissariates der Justiz dem NKWD zu unterstellen.<sup>53</sup> Im NKWD wurde damit die Hauptabteilung der Verwaltung der Strafvollzugsstellen geschaffen (GUMS), der von nun an alle Haftstellen unterstellt waren.<sup>54</sup> Die GPU aber behielt ihr eigenes Haftstellensystem, das sie von der Wtscheka geerbt hatte.

47 Ebenda, f. 4042, op.8, d.12, l.37.

48 Ebenda, op.4, d.1053, l.17-19; op.2, d.1, l.71-75; Tjuremnoje delo w 1921g. Moskwa 1921: S. 8.

49 P.N. O rewoluzionnoj sakonnosti i organizazii borbi s prestupnostju. Eshenedelnik sowjetskoj justizii. 1922. N4, S. 9-10.

50 B.P. Ob organizazii tjurem na natscvhalach samookupaemosti. Ebenda, N.14/15, S. 8-9.

51 GARF, f. 4042. op.2, d.1, 97-101, 60-61.

52 Ebenda, f. A-353, op., d.331, l.76.

53 Ebenda, op.5, d.331, d.164.

54 Ebenda, f. 4042, op.5, d.331, l.164.

Schon Anfang 1923 unterstanden alle Haftstellen in der Russischen Föderation dem NKWD. Bereits 1922 wurde auch das neue Strafgesetzbuch angenommen, dort fand sich aber kein Wort über die Zwangsarbeitslager. Diese Lager wurden daher im Lauf des Jahres 1923 fast völlig liquidiert.

Das parallel existierende GPU-NKWD-System umfaßte ursprünglich nur einige wenige Gefängnisse (Politisolator) und eine einzige Lagerverwaltung, die Verwaltung der Nördlichen Lager GPU.<sup>55</sup>

Am 16. Juni 1923, ein Jahr nach der Gründung der UdSSR, wurde die Vereinigte Staatliche Politische Abteilung gegründet (OGPU), die unmittelbar dem Rat der Volkskommissare unterstellt wurde.<sup>56</sup> Konsequenterweise übernahm sie dann auch die Verwaltung aller Haftstellen der GPU. Kurz darauf wurde aufgrund des Beschlusses von 13.10.1923 auf der Basis der Nordlager die Verwaltung der Solowezkizwangsarbeitslager für die Sonderbehandlung organisiert.<sup>57</sup> Von diesem Augenblick an hatten die sowjetischen Repressionsorgane endgültig die volle autonome Macht über ihre eigenen Haftstellen, die damit außerhalb jeder Kontrolle durch Instanzen, die wenigstens formell von OGPU unabhängig waren, lagen.

Hier muß unterstrichen werden, daß die Zwangsarbeitslager (USLON) den Kern für die Entwicklung des späteren Lagersystems darstellten und sich später in der Sowjetunion zum Hauptstrafvollzugsort entwickelten.

Ganz genau läßt sich die Organisationsstruktur der OGPU-Haftstellen allerdings nicht beschreiben, da der Zugang zu den entsprechenden Archivmaterialien bisher noch nicht möglich war. Das erschwert auch die Feststellung der Zahl der Inhaftierten im OGPU-System. Auf jeden Fall zählte man im USLON 1927 schon 12.896 Insassen.<sup>58</sup> Die Gesamtzahl der Verfolgten in der UdSSR bis Mitte 1927, d. h. bis zum Beginn der Massenrepressionen während der Periode der Kollektivierung, beläuft sich auf 200.000 Personen. In Folge der Anweisungen, die bis zum Ende der 20er Jahre gültig waren, blieben die Haftstellen der OGPU für politische Verbrecher und besonders gefährliche Kriminellen vorbehalten.

Die Analyse der Regierungsakten läßt den Schluß zu, daß man die Häftlinge bis 1930 nicht als billige Arbeitskräfte betrachtete. Im besten Falle rechnete man lediglich damit, daß ihre Arbeit die Kosten deckte, die dem Staat durch die Erhaltung der Haftstellen entstanden. Und dies um so mehr, als die Lagerbetriebe während der NÖP-Periode gar nicht konkurrenzfähig waren. Charakteristisch ist deshalb auch die Tatsache, daß in dem im Jahre 1928 angenom-

55 Ebenda, op.2, d.9b, l.148, d 9w, l.429,430.

56 SU SSSR, 1923.N12, S. 105.

57 GARF, f. 5446, op.1, d.2, l.31,43. Das Erhalten von Lagern widersprach dem geltenden Strafgesetzbuch. Wie oben erwähnt wurden im System des NKWD die Lager in der ersten Hälfte 1923 bereits liquidiert. Vielleicht führte die Ungesetzlichkeit dieser Struktur dazu, daß man die OGPU-Lager als Lager für Sonderbehandlung bezeichnete.

58 GARF, f. 9414, op.1, d.2818, l.3.

menen Fünfjahresplan die Arbeitsproduktion der Häftlinge gar nicht erwähnt wurde.

Zum ersten praktischen Schritt in dieser Richtung wurde der Beschluß „Über die Nutzung der Häftlingsarbeit in der Holzwirtschaft“, der am 19. Dezember 1926 angenommen wurde. In diesem Beschluß wurden alle entsprechende Organisationen angewiesen, die Arbeit der Häftlinge zu nutzen.<sup>59</sup> Trotzdem wurde die Häftlingsarbeit bis 1929 nicht massiv genutzt, erst im Sommer 1929 beschloß die Regierung von nun an von der Häftlingsarbeit zu profitieren.

#### *4.4. Das Strafvollzugssystem in der UdSSR 1930-1941: Der Übergang zur Nutzung der Arbeitskraft der Häftlinge*

Ende der 20er Jahre wurde den staatlichen Stellen endgültig klar, daß das von ihnen erschaffene Strafvollzugssystem absolut in eine Sackgasse geraten war. Dieses System basierte auf zwei Ideen: zum einen der Umerziehung der Häftlinge durch gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten während der Haftzeit (dies setzte auch das Erlernen bestimmter Berufe voraus) und zum zweiten der Selbstfinanzierung der Haftstellen.

Unter den damals herrschenden Bedingungen, bei denen das einst große Privatkapital längst verfallen war, der Staat selbst noch nicht genügend Kapazitäten besaß, um großangelegte Bauprojekte durchzuführen und im Lande große Arbeitslosigkeit herrschte, gab es kaum Möglichkeiten die Arbeit der Häftlinge effektiv zu nutzen.

Die allgemeine Kriminalität stieg inzwischen ständig an, die Gesetzgebung wiederum verschärfte die Strafen und gleichzeitig wurden die maßgeblichen politischen Feinde immer aktiver verfolgt (die OGPU hat im Jahre 1927 rund 14.000, 1929 schon mehr als 33.000 Personen unter den Beschuldigungen: „Spionage“, „Konterrevolutionäre Tätigkeit“ und „Antisowjetisch Agitation“ verhaftet).<sup>60</sup> Die Gesamtzahl der Häftlinge, sowohl politischer als auch krimineller, wuchs schnell und es wurde immer schwieriger, von ihrer Umerziehung zu sprechen. Es schien damals unmöglich, Häftlinge als Arbeitskraft sinnvoll einzusetzen, die Idee der Selbstfinanzierung schien absolut utopisch und die Erhaltung der Haftstellen war eine schwere Belastung für das Staatsbudget.

Die Situation änderte sich im Jahre 1929/1930, als die letzten Reste der NÖP beseitigt waren. So wurde die beschleunigte Variante des Fünfjahrplanes angenommen und die flächendeckende Kollektivierung begann. Die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft im Lande und die Realisierung riesiger industrieller Projekte diktierten die totale Zentralisierung der Verteilung von Finanz- und Arbeiterressourcen. Die Arbeitslosigkeit war damit sehr schnell beseitigt. Im Gegenteil, in einer ganzen Reihe von strategischen Industrierichtun-

<sup>59</sup> Ebenda, f. 4042, op.1a, d.39, l.171.

<sup>60</sup> Ebenda, f. 9414, op.1, d.2877, l.177,178.

gen entstand ein Mangel an Arbeitskräften. Das stimulierte schließlich auch die grundsätzliche Veränderung der Strafvollzugsstellen. Zu dieser Zeit waren diese von zwei staatlichen Strukturen geleitet. Die Mehrzahl der Inhaftierten befand sich in den Kolonien oder Besserungsanstalten, die den einzelnen Stellen des NKWD in den Republiken unterstellt waren, denn damals gab es noch keinen zentralen NKWD. Das waren relativ kleine Haftstellen, mit der Stärke von je 100 – 700 Insassen (selten 1.000 -2.000), in der Regel mit nicht sehr strengen Haftbedingungen, jedenfalls mit erhöhter Fluchtmöglichkeit. Diese Haftstellen wurden von Regierungsstellen finanziert, die dafür Sondermittel aus dem Budget bekamen.

Parallel existierte eine andere Struktur: die Sondergefängnisse für die bereits verurteilten Personen, die unter der Verwaltung der OGPU standen (Politisolatoren) sowie die Untersuchungsgefängnisse, und vorläufig das einzige Lager-system im Lande. Das war die Verwaltung des Solowezki-Lager, in denen etwas mehr als 20.000 Häftlinge untergebracht waren.<sup>61</sup>

Zur Erörterung von Fragen des Strafvollzugssystems bildete das Politbüro der KPdSU am 13.5.1929 eine Sonderkommission. Nach einigen Diskussionen, die eher einen zwischenamtlichen als einen prinzipiellen Charakter hatten (der NKWD bestand auf der Erhaltung des existierenden Systems, die OGPU forderte die Übergabe der Mehrzahl der Häftlinge unter ihre Leitung), hat die Kommission die Vorschläge vorbereitet, die am 27.6.1929 vom Politbüro angenommen und anschließend vom Rat der Volkskommissare bestätigt wurden (11.07.29). Nach diesem Beschluß „Über die Nutzung der Arbeit der Inhaftierten“<sup>62</sup> sollten diejenigen Personen, die bis zu 3 Jahren verurteilt waren, in den Haftstellen der NKWD-Stellen der einzelnen Republiken bleiben, diejenigen aber, deren Haftfristen länger waren, sollten in das System der Besserungslager überführt werden. Die OGPU bekam den Auftrag, diese Lager zu organisieren. Diese Lager sollten in den weit entfernten Regionen aufgebaut werden „zum Zwecke der Kolonisierung dieser Gebiete und Nutzung der Naturschätze durch den Einsatz der Häftlingsarbeit“.<sup>63</sup> Damit war die Grundlage für die Organisation eines zweistrukturigen Zwangsarbeitersystems mit verschiedenen Ressourcen geschaffen.

Die gefährlichsten Häftlinge sollten von der Bevölkerung des Landes isoliert werden und in entfernten Regionen die Reserve der Arbeitskräfte stellen. Diese Arbeitskräfte sollten unter der Leitung der einheitlichen Staatsstruktur (OGPU) imstande sein, die großangelegten Wirtschaftsprojekte zu realisieren.

Die Haftstellen für die weniger gefährlichen Häftlinge sollten in den dicht bevölkerten Regionen liegen, und die Arbeitsnutzung der Inhaftierten sollte mit den regionalen Bedürfnissen verbunden werden – Straßenbau, landwirtschaftliche Arbeiten. Dementsprechend wurden diese Haftstellen den NKWD-Orga-

61 Ebenda, f. 9414, op.1, d.2919, L.2.

62 Ebenda, f. 5446, op.1, d.4, L.210-212.

63 Ebenda.

nen in den Republiken unterstellt. Dieses System bildete mit einigen Modifikationen von nun an während der ganzen stalinischen Periode die Grundlage des Strafvollzugssystems.

Sofort nach diesem Beschluß sind im Laufe eines Jahres einige neue Besserungsarbeitslager gegründet worden. (Nördliche, Fernöstliche, Sibirische, Mittelasiatische). Ab Mitte 1930 befanden sich in den Arbeitsbesserungslagern schon mehr als 150.000 Häftlinge.<sup>64</sup> Schließlich wurde am 25.4.1930 für die Verwaltung der Arbeitsbesserungslager im System der OGPU eine spezielle Verwaltung der Lager geschaffen (ULAG), die 1931 den Status der Hauptverwaltung der Lager (GULAG) bekam.<sup>65</sup>

Trotz der rapiden Vergrößerung der Häftlingszahl in den Lagern war der wirtschaftliche Gewinn in den ersten zwei Jahren noch sehr gering. Die Versuche, die weitläufigen Regionen zu bebauen, sind faktisch gescheitert. Auch die grausamste Ausbeutung der Häftlinge änderte daran nichts. Die grausame Ausbeutung belegen die hohen Todeszahlen: 1931 sind 7.283 Personen gestorben, d. h. 2,9% von der Gesamtzahl der Insassen (234.600 Menschen).<sup>66</sup> Dies lag vor allem daran, daß es in diesen Regionen überhaupt keine Infrastruktur gab, und daß die Lager zu dieser Zeit noch keine großangelegten Aufträge bekamen. So blieb es nur bei kleineren Werkstätten wie Tischlereien oder Schneidereien. Die OGPU trat dann in der Rolle des Arbeitskraftverkäufers an industrielle Einrichtungen auf, und war gezwungen, solche Einrichtungen selbst an Ort und Stelle zu suchen und nicht zentral durch den GULAG in Moskau. Auf dieser Grundlage war das Problem der Ausnutzung der Arbeitskraft der Häftlinge nicht zu lösen.

#### *4.5. Der Bau des Weißmeer-Ostsee Kanals: Wendepunkt in der Lagerpolitik<sup>67</sup>*

Einen prinzipiellen und für die weitere Lagerentwicklung maßgebenden Charakter hatte ein Regierungsbeschluß von Ende 1931. Laut diesem Beschluß sollten die bautechnischen Verwaltungsstrukturen und Lager beim Bau des Weißmeer-Ostseekanals (BBK) unter einer einheitlichen Leitung vereinigt werden. Da es in dieser Region keine anderen Kapazitäten an Arbeitskräften gab, war der Einsatz von Häftlingen bei diesem Bauprojekt unumgänglich. Vom Standpunkt der Staatsmacht aus hatte der BBK eine wichtige militärstrategische Bedeutung. Ursprünglich beschränkte sich die Rolle des GULAG nur darauf, dem Volkskommissariat für Transportwege Arbeitskräfte zu liefern. Allerdings wurde sehr bald klar, daß man für die Beschleunigung der Bauarbeiten unter der Leitung der OGPU die Lagerkomponente Solowki mit der wirtschaftlichen Organisation „Belomorstroj“ vereinigen mußte.

64 GARF, f. 9414, op.1, d.2919.148.

65 Befehl 130/63 OGPU 25.04.30.

66 GARF, f. 9414, op.1, d. 2740, 1.1.

67 Der Beschluß zum Bau des Kanals wurde vom Rat des Sowjets für Arbeit und Verteidigung angenommen. GARF, f. 9414, op.1, d.2920, 1.2, 10, 11, 26, 27.

Der auf diese Weise entstandene Wirtschaft-Lager-Organismus bewies im Laufe der Jahre 1932 seine Effektivität. Die OGPU besaß im Vergleich zu jeder anderen sowjetischen, rein wirtschaftlichen Struktur einmalige Möglichkeiten. Sie konnte erstens die notwendigen menschlichen Ressourcen an einer Stelle schnell konzentrieren, ohne sich um die Unterkunft und Lebensbedingungen der Menschen zu sorgen. Zweitens konnte die OGPU, die riesige Massen von Häftlingen verwaltete, unter diesen leicht die notwendigen Spezialisten finden und sie dann an die geforderten Einsatzorte bringen. Drittens kontrollierte die OGPU durch das Netz ihrer Organe im ganzen Land die Produktion und den Transport aller material-technischen Mittel, mit denen die Bauobjekte versorgt werden sollten.

Der Bau des Weißmerkanals hat der Verwaltung alle diese Möglichkeiten der OGPU überzeugend bewiesen. Allerdings beruhte der Erfolg des Projektes auch auf weiteren Faktoren wie beispielsweise der geringen Entfernung des Kanals von Industriezentren (Leningrad-Petrasowodsk), der Existenz einer Transportinfrastruktur und der Nutzung von Handarbeit. Im Endeffekt wurde der Bauplan im Jahre 1932 hundertprozentig erfüllt.<sup>68</sup> Keines der anderen wirtschaftlichen Volkskommissariate konnte solche Ergebnisse vorzeigen.

#### *4.6. Der GULAG wächst*

Insbesondere ab dem Jahr 1932 nahm die Bedeutung der wirtschaftlichen Funktion der Lager der OGPU stark zu: Im Frühjahr wurde für die Verwaltung der Kolyma Dalstroj die Nordöstliche Lagerverwaltung geschaffen. Im Herbst bekam die OGPU den Auftrag, den Moskwa-Wolga-Kanal zu bauen (zu diesem Zwecke wurde Dmitrovlag organisiert). Schließlich übernahm die OGPU auch die Arbeiten an der Bajkal-Amursk Eisenbahnstrecke.

In dieser Zeit wächst die Zahl der Häftlinge in den Lagern sehr schnell:<sup>69</sup> 1930: 179.900; 1932: 212.000; 1932: 268.000; 1933: 334.000.

In der historischen Publizistik der Perestrojka-Zeit und bisweilen auch heute werden zwei gegensätzliche Begründungen für die Beziehungen zwischen der neuen wirtschaftlichen Rolle der OGPU und dem Ausmaß der politischen Verfolgung vorgebracht. Nach der ersten Begründung wurden alle riesigen Bauprojekte des Lagersystems der 30er Jahre nur deshalb begonnen, um die riesigen Menschenmassen der Verurteilten und Verbannten zu beschäftigen. Die gegensätzliche Begründung betont, daß das Ausmaß der Verfolgung unmittelbar von den ökonomischen Plänen des Staats abhängig war.

Eine klare und eindeutige Antwort darauf hat die GULAG-Forschung bis heute noch nicht gegeben. Aber es erscheint, daß beiden Begründungen der histori-

68 GARF, f. 9414, op.1, d. 2920, l. 179, 180.

69 Die Zahlen werden aus den folgenden Archivbeständen entnommen: CAFSB f. 2 op.8, d.104, l.27, f. 3d.312, l.94; GARF, f. 9414, op.1, d.1155, l.1, 20-22, d.2920, l.40, 148, 178, d.2922, l.2.

schen Realität nicht gerecht werden, zumindest aber die Zusammenhänge sehr vereinfachen.

Die wichtigsten Lager-Industrie-Projekte beruhten nicht auf dem Unvermögen des Staates, die Masse von Häftlingen unterzubringen, sondern auf den realen Aufgaben der Industrialisierung oder auf militär-strategischen Überlegungen. Dies zeigt sich exemplarisch am Problem der Holzbeschaffung: Da Holz das Hauptexportprodukt der Sowjetunion zu dieser Zeit war, entsprach die Holzbeschaffung den stets wachsenden Bedürfnissen der Modernisierung der Industrie nicht mehr. Eine schnelle Lösung – ohne große Investitionen – konnte die Goldförderung auf der Kolyma bringen. In diesem Sinne fiel die Entscheidung, das Lagersystem Dalstroj zu gründen. Die Beschleunigung der Bauarbeiten bei der BAM- Eisenbahnstrecke läßt sich dagegen durch die japanische Okkupation der Manjurei und den faktischen Verlust der KWSCHD<sup>70</sup> – der Hauptstrecke, die die Militär-Flotte in Wladiwostok mit Sibirien und dem Zentrum des Landes verband – erklären.

Das Ausmaß der Verfolgungen war zudem direkt von politischen und sozialen Problemen abhängig, welche durch diese „Säuberungen“ gelöst werden sollten, und nicht vom dem Umfang der Bauarbeiten im Lande. Aber es gab natürlich einen indirekten Zusammenhang zwischen der Effektivität der wirtschaftlichen Tätigkeit der Lager und dem Ausmaß der Verfolgung. Dieser Zusammenhang bestand darin, daß die wirtschaftlichen Errungenschaften der OGPU dazu führten, daß den staatlichen Stellen keine Begrenzungen in bezug auf die Zahl der Inhaftierten auferlegt wurden, wie sie noch in den 20er Jahren existiert hatten.

Der Staat verwirklichte seine strategisch-wirtschaftlichen Pläne mit der Ausbeutung von hunderttausenden GULAG-Häftlingen. Das bedeutet aber nicht, daß bei einer wesentlich geringeren Zahl an Häftlingen, diese Pläne nicht verwirklicht worden wären. Die staatlichen Stellen konnten z. B. über mehr als eine Million von Spezumsiedlern verfügen (hauptsächlich Opfer der Kollektivierung, die man in Sondersiedlungen in entfernte Regionen umsiedelte). In vielen Regierungsdirektiven der ersten Hälfte der 30er Jahre wurde deren Verwendung für Lagerarbeiten gefordert. Diese Umsiedler befanden sich seit Anfang 1931 auch in den Händen des GULAG (OGPU), so daß es keine organisatorischen Hindernisse gab, sie in der Lagerwirtschaft einzusetzen. Tatsächlich aber war der Einsatz von Umsiedlern bei großen industriellen Projekten relativ gering, was sich wahrscheinlich dadurch erklärt, daß die Zahl der Häftlinge ausreichend war. Die Mehrzahl der Spezumsiedler war außerdem territorial zerstreut und konnte deshalb nur in kleineren Betrieben oder in der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Am 10.1.1934 befanden sich unter der direkten Leitung der GULAG-Verwaltung 15 Lager mit insgesamt 510.309 Häftlingen.<sup>71</sup> Fast die Hälfte davon

70 Kitajsko-Wostochnaja schelesnaja doroga (Die Chinesisch-Östliche Eisenbahn).

71 GARF f 91414, op.1, d. 1155, l. 22.

(221.039) war in den drei Lager-Giganten Dmitlag, Belbaltlag und Bamlag untergebracht. Die wichtigsten ökonomischen Zweige der Lager waren der Bau einer Transportinfrastruktur (zunächst Kanäle dann Eisenbahnstrecken) und Holzfällarbeiten, später auch die Landwirtschaft, verschiedene Industrieobjekte und der Abbau von Bodenschätzen.

Auch die geographische Lage der Lager verändert sich: im Gegensatz zu früheren Kolonisierungsplänen lehnen sich die Lagerkomplexe immer mehr an große Industriezentren an, so hatte z. B. Dmitlag seine Objekte sogar am Rande von Moskau.

Auf diese Weise wurde die Logik, die im Beschluß von 1929 verankert war, bis 1934 grundsätzlich zerstört und der GULAG (OGPU) verbreitete sich auch in den zentralen Regionen. So kam es dazu, daß der GULAG auch die Nischen besetzte, die nach dem Beschluß von 1929 für die Haftstellen der NKWD-Stellen in den Republiken bestimmt waren.

Diese Haftstellen wurden am 15.12.30 bei der Liquidierung des NKWD in den Republiken an die Volkskommissariate der Justiz der einzelnen Republiken übergeben. Dort wurde dann auch die „Staatliche Verwaltung der Besserungs-Arbeitsstellen“ (GUITU) organisiert. Vollständige Angaben über diese Haftstellen fehlen uns. Es ist aber bekannt, daß sich Ende 1934 allein in der Russischen Föderation 524 Haftstellen unter der Leitung von GUITU befanden mit insgesamt 267.000 Insassen.<sup>72</sup> Die Gesamtzahl der Verurteilten im Bereich des Volkskommissariats der Justiz war ca. 400.000. Eine weitere Million Menschen war zu Besserungsarbeiten verurteilt, ohne allerdings inhaftiert zu werden: sie büßten ihre Strafen an ihren Arbeitsorten ab. Diese Personen waren auch der GUITU unterstellt. Auch diese Haftstellen des Justizkommissariates waren genauso wie ihre Vorgänger ökonomisch ineffektiv, auch zahlenmäßig konnten sie mit den Lagern der OGPU nicht konkurrieren. Deshalb erschien der Regierungsbeschluß über die Vereinigung aller Haftstellen unter der Leitung der GULAG-Verwaltung im Jahre 1934 logisch.

Die Zentrale Exekutive der UdSSR beschloß am 10.7.34, die OGPU zu liquidieren und einen zentralen NKWD der UdSSR einzurichten. Die OGPU wurde auf diese Weise dem NKWD in Form von drei Verwaltungen eingegliedert, darunter befand sich auch der GULAG-Komplex.

Am 27.10.34<sup>73</sup> wurde auch die GUITU der Justizvolkskommissariate in den Republiken liquidiert und ihre Haftstellen in die GULAG-Verwaltung überführt. Von nun an erhielt auch der GULAG eine andere Bezeichnung: Hauptverwaltung der Lager, Arbeitssiedlungen und Haftstellen (GUITL). Schon Anfang 1935 hatte diese NKWD-Verwaltung bis auf 5 Gefängnisse (Politisolatorien) für besonders wichtige politische Häftlinge und drei Untersuchungsgefängnisse in Moskaus alle Haftstellen in der UdSSR unter ihrer Leitung. Dadurch entstand Anfang 1935 ein recht kompliziertes, aber zweifellos sehr zen-

<sup>72</sup> Ebenda, f.353, o.10, d.60, l.2.

<sup>73</sup> Nach dem Befehl N00122 des NKWD vom 29.10.34.

tralisiertes System. Die Gesamtzahl der Häftlinge überschritt zu dieser Zeit eine Million.<sup>74</sup>

Die Zeit von 1935 bis Mitte 1937 kann als Periode verhältnismäßiger Stabilität des Lagersystems bezeichnet werden. Die Zahl der Häftlinge wuchs nicht so schnell, was mit einer Abschwächung der Repressionen in dieser Periode in Zusammenhang stand. Im Laufe dieser beiden Jahre wurden nur fünf neue Lager gegründet (dabei werden zwei alte liquidiert). Allerdings wird erneut eine Reorganisation durchgeführt, die weitgehende Folgen hatte: die Verstärkung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Lager im Bereich der Technik. So wurden im GULAG außer einer nur technischen Abteilung acht neue, nach den Branchen der Wirtschaft spezialisierte Abteilungen geschaffen: u. a. für Hydrotechnik, Straßenbau, Bergbau, Landwirtschaft. In diesen Abteilungen waren 102 Menschen Personal beschäftigt bei einer Gesamtzahl von 527 für die ganze GULAG-Zentrale.<sup>75</sup>

Daher war es konsequent, Ende 1935 im NKWD eine Wirtschaftsabteilung einzurichten. Nach einem Beschluß der Exekutive und des Volkskommissariates von 28.10.35<sup>76</sup> wurde dem NKWD die Zentrale Verwaltung für Straßenbau und Autotransport (GUSCHOSDOR) übergeben, die für Bau- und Ausbesserungsarbeiten und den Betrieb des Autotransports in der UdSSR zuständig war. Bald begann man, im ganzen Land GULAG-Häftlinge für den Straßenbau einzusetzen, die dadurch die regulären freien Arbeiter ersetzten. GUSCHOSDOR hatte unter seiner Verwaltung keine eigenen Haftstellen. Diese Verwaltung war nur für die technische Betreuung der Bauten zuständig und hatte zudem die freien Spezialisten für diese Objekte zur Verfügung zu stellen. Die unqualifizierte Arbeitskraft mußte von den Lagern zur Verfügung gestellt werden. Bei der Organisation der großen Bauobjekte griff man auf das schon erprobte Schema zurück: GUSCHOSDOR organisierte die Leitung der Bauarbeiten und die GULAG-Verwaltung richtete ein Lager ein. Für die bessere Koordinierung machte man den Bauleiter gleichzeitig zum Lagerleiter. Auch wenn es anfangs organisatorische Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen GULAG und GUSCHOSDOR gab, ergab sich eine zunehmend einheitliche Entwicklung beider Verwaltungen.

#### *4.7. GULAG und der Große Terror*

Die 15 Monate des größten Terrors in der sowjetischen Geschichte haben das sich gerade stabilisierte Lagersystem fast gesprengt. In dieser Periode sind allein durch die Organe der Hauptverwaltung für die Staatssicherheit GUGB/NKWD rund 1,5 Millionen Menschen verhaftet worden. Fast die Hälfte der Verhafteten wurde erschossen. Die Urteile wurden hauptsächlich von extra geschaffenen außergerichtlichen Organen, sogenannten „trojka“ und

74 GARF f 9414, op.1, d.2740, l.16, 29, 30.

75 Nach dem Befehl des NKWD N193.

76 Nach dem Befehl des NKWD N 0012.

„dwojka“, gefällt. Die Lager wurden zu einem „Reservoir“, wohin alle geschickt wurden, die der Erschießung entgangen sind.

Ab Herbst 1937 begann die Zahl der Häftlinge im GULAG katastrophal zu wachsen und im Jahre 1938 überschritt sie die 2 Millionen Grenze.<sup>77</sup> Die Hauptprobleme des GULAG waren in der Zeit die Organisation der Aufnahme, Verteilung, Bewachung und des Arbeitseinsatzes dieser gigantischen Masse von Menschen. In der Vorbereitung der Massenverfolgung hatten die staatlichen Stellen die Organisation von einigen neuen Lagern eingeplant, vor allem für Holzbeschaffungsarbeiten. Das hatte sicherlich hauptsächlich ökonomische Gründe: die Holzbeschaffungsarbeiten forderten vorläufig keine großen Investitionen und die Existenz riesiger Waldmassive im ganzen Norden des europäischen Teil des Landes und in Sibirien erlaubte eine Verteilung der Häftlinge auf diese Regionen. Man organisierte im Laufe von einigen Monaten 13 neue Waldlager, aber auch sie konnten das Problem nicht lösen. Gleichzeitig schuf der NKWD noch weitere 9 Lager, die mit verschiedenen Industrieobjekten verbunden waren. Aber auch diese Lager konnten das Problem der Aufnahme der Masse von Häftlingen nicht lösen, und man schickte die Häftlinge weiter in die alten Lager wie Dallag, Bamlag und andere. Diese Lager wuchsen dadurch so enorm (z. B. im Dallag am 1.10.37: 157.375, im Bamlag am 1.4.38: 268.637 Häftlinge)<sup>78</sup>, daß der NKWD gezwungen war, diese Lager zu verkleinern, so wurde z. B. Bamlag in sechs kleinere Eisenbahnlager aufgelöst.

Auf diese Weise wurden die alten Lagerformen, die noch im Sinne des Beschlusses des Jahres 1929 aufgebaut und auf die komplexe Erschließung der unbewohnten Regionen orientiert waren, allmählich durch die kompaktere Formen ersetzt, die eine konkrete wirtschaftliche Profilorientierung hatten. Diese Spezialisierung führte dazu, daß die Zahl der Lager sich sehr schnell vergrößerte. Das erforderte auch die Einrichtung neuer Strukturen, die dann entsprechend profilierte Lager verwalten konnten. Mit der Vergrößerung der Zahl der Lager (1938: 51, 1939: 58, Ende 1940: 70) wuchs das Niveau der technischen Aufgaben, was eine fachmännische Ingenieurleitung erforderlich machte. Das Verwaltungssystem des GULAG insgesamt wurde immer schwerfälliger und ineffektiver.

#### *4.8. Die Reorganisation am Vorabend des Krieges*

Die Krise des Lagersystems entwickelte sich vor dem Hintergrund der Vorkriegsmilitarisierung der sowjetischen Wirtschaft, der beschleunigten Entwicklung der neuen Industrierichtungen und der Vergrößerung der Kapazitäten in den alten, aber nicht ausreichend entwickelten Branchen. Im Rahmen des streng zentralisierten Systems des NKWD gab es wahrscheinlich nur zwei Wege: entweder die Ausgliederung des GULAG aus dem NKWD in ein selbständiges Volkskommissariat mit den entsprechend spezialisierten Verwaltun-

<sup>77</sup> GARF, f. 9414, op.1, d.115, 1.20, d.2740, 1.41,47.

<sup>78</sup> Ebenda, d.2740, 1.62,63.

gen oder die Reorganisation des GULAG im Rahmen des NKWD mit der Ausgliederung der Verwaltung der Wirtschaftsabteilungen. Diese sollten dann als selbständige Strukturen in den NKWD eingegliedert sein, d. h. ihrem Status nach dem GULAG gleich. In diesem Sinne erfolgte schließlich die Reform.

Die Reformierung des GULAG begann bereits 1940, vollzog sich aber hauptsächlich 1941. Am 30.2.1941 wurde der NKWD in NKGB<sup>79</sup> und NKWD geteilt.<sup>80</sup> Am 26.02.1941 dekretierte man die neue Struktur des NKWD: Das Volkskommissariat bekam außer dem GULAG noch weitere 9 wirtschaftliche Hauptverwaltungen. Alle diese Verwaltungen hatten in ihren Strukturen diejenigen Lager, die ihnen direkt unterstellt waren.

Es gab hin und wieder Veränderungen, so änderte sich die Zahl der Wirtschaftsverwaltungen und ihre Profilierung, die Verteilung der Funktionen zwischen dem GULAG und diesen Verwaltungen und den Ortsorganen NKWD/MWD oder die Verteilung der Häftlinge in die Lager und Kolonien. Aber das Hauptprinzip der Organisation blieb bis zu Stalins Tod 1953 unverändert: die Vereinigung der Wirtschafts- und Lagerkomplexe in einer einheitlichen Struktur.

Dem GULAG selbst blieben nur die Besserungsarbeitslager unterstellt, die für die landwirtschaftlichen Arbeiten vorgesehen waren, und die Kolonien. Auch die Ausarbeitung der grundsätzlichen Dokumente bezüglich der Lagerordnung und Bewachung, die Statistikführung, und die Verteilung der Häftlinge in die Lager blieb in der Kompetenz des GULAG ebenso wie die allgemeine Kontrolle über die Haftstellen, die Prüfung des sanitären Zustands, der Lagerordnung und der kulturel-erzieherischen Arbeit.

Die selbständigen wirtschaftlichen Hauptverwaltungen im NKWD hatten in ihrer Gliederung sowohl rein wirtschaftliche als auch reine Lagerverwaltungen. Später wurde es zur Regel, gemeinsame Wirtschafts-Lagerstrukturen zu bilden. Die wirtschaftlichen Verwaltungen waren für die Erfüllung der Wirtschaftspläne verantwortlich und faktisch für die effektive Leitung der Lager.

#### *4.9. Das Strafvollzugssystem in der UdSSR 1941-1960*

Nach dem Beginn des Großen Vaterländischen Krieges endete das schnelle Wachstum des Lagersystems. Schon eine Woche nach Kriegsbeginn wurden mehr als 60 Bauobjekte, die der NKWD betreute, auf Eis gelegt.<sup>81</sup> Am 20.7.41 wurden nach dem Beschluß des Präsidiums des Obersten Sowjets NKWD und NKGB wieder in einem Volkskommissariat (NKWD) vereint.<sup>82</sup> Von den ersten Tagen des Krieges an begann der GULAG, in seinen Betrieben kriegswichtige Produkte herzustellen, außerdem stellte er die Arbeitskräfte für die

79 NKGB-Narkomat gosudarstwennoj besopasnosti, Volkskommissariat für Staatssicherheit.

80 *Organi i wojska MWD Rossii. Kratkij istoričeskij očerok*. Moskwa 1996, S. 456.

81 Nach dem Befehl des NKWD N0311 von 28.06.41.

82 *Organi i wojska MWD*, S. 456.

militärstrategischen Objekte (das Flugzeugwerk in Kuibischew, die Metallurgie-Kombinate in Norilsk, Tscheljabinsk u. a.) zur Verfügung.

In dieser Periode sank die Zahl der Lagerinsassen rapide, weil die katastrophalen Verluste der Roten Armee in den ersten Kriegsmonaten zur vorzeitigen Entlassung der Häftlinge führte, die dann in die Armee einberufen wurden, allein bis Ende 1941 waren dies 420.000 Häftlinge.<sup>83</sup> Außerdem spielte auch der Verlust der von Nazideutschland okkupierten Territorien, in denen sich viele Lagerobjekte befanden, eine Rolle.

Mit Beginn des Krieges stiegen die Todeszahlen sehr schnell. Im Jahre 1942 starben 25% der Gesamtzahl der Häftlinge (351.000 – 360.000).<sup>84</sup> Während sich zu Beginn des Krieges in den Haftstellen noch 2.350.000 Menschen befanden, so war diese Zahl zu Beginn des Jahres 1944 fast auf die Hälfte gesunken. Zugleich stiegen auch Zahl und Anteil der weiblichen Häftlinge im Lager: 1941 waren es 7%, im Sommer 1944 26%.

#### *4.10. Die Organisation der Katorga- und Spezial-Lager*

Im April 1943 wurde eine wesentliche Änderung im Lagersystem eingeführt. Nach einem Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 14.4.43 wurde der NKWD wieder in NKWD, NKGB und SMERSCH (Militärabwehr) geteilt.<sup>87</sup>

Am 19.4.43 bestätigte das Politbüro des ZK der KPdSU den Beschluß des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Maßnahmen zur Bestrafung der deutschen Verbrecher, die sich des Mordes und der Folterungen an der sowjetischen Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen Rotarmisten schuldig gemacht haben, von Spionen, Landesverrättern und ihren Handlangern“.<sup>85</sup> Nach diesem Erlaß wurde eine neue Strafmaßnahme eingeführt: die Verbannung zu Katorga-Arbeiten für 15 – 20 Jahre.

In den bereits bestehenden Lagern wurden Spezialabteilungen geschaffen. Für die Katorga-Lager wurde eine Sonderordnung vorgesehen, die eine Mischung zwischen dem Gefängnis – und Lagerregime darstellte.

Im NKWD gab es zwar seit langem Instruktionen über die Verteilung der Häftlinge nach Urteilsgründen, aber bis 1943 bestand es kein grundsätzliches Verbot einer gemeinsamen Unterbringung Häftlinge verschiedener Urteilsgründe. Mit den Katorga-Lagern wurden jedoch für bestimmte Kategorien von Häftlingen Spezabteilungen geschaffen.

Der zweite wichtige Punkt in der späteren Entwicklung der Nachkriegslagerstruktur war die Organisation der Speziallager (Osoblag) nach einem Beschluß des Ministerrates der UdSSR von 21.2.48. Diese Speziallager und auch Spezialgefängnisse (in Wladimir, Alexandrowsk, Werchneursk) wurden für dieje-

83 W.N.Semskow: GULag in: Sociologitscheskie issledowanija, 1991 N6 S. 10-27.

84 GARF, f. 9414, op.1, d.2784, l 10.18, 26.

85 CAFSB, f. 3, op.57, d.40, l.1-4.

nigen eingerichtet, die wegen Spionage, Diversion, Terror, oder auch als Trotzlisten, Rechtsabweichler, Menschewiki, Anarchisten, Weißemigranten und Mitglieder antisowjetischer Organisationen verurteilt waren.

In diesen Speziallager wurde ein fast gefängnisähnliches Regime eingeführt: Barackenfenster mußten vergittert sein, es war verboten, die Baracken außerhalb der Arbeitszeit zu verlassen, und in der Nacht mußten die Türen verschlossen bleiben. Die Häftlinge der Speziallager sollten nur für die schwersten Arbeiten verwendet werden.

Aber wegen technischer Probleme (allein an Stacheldraht benötigte man 1000 Tonnen, die Organisation der Industriezonen war schlecht, außerdem fehlte es an Personal für die Bewachung)<sup>86</sup> dauerte die Überführung der Masse der Häftlinge, die von den extra dafür geschaffenen Kommissionen für die Speziallager bestimmt war, einige Jahre. In den Speziallagern befanden sich am 1.1.51: 215.000; am 1.1.52: 257.000; und am 1.2.53: 234.000 Personen.

Die Organisation von besonderen Lagertypen für spezielle Kontingente von Häftlingen hatte aber keinen Einfluß auf die Wachstumsdynamik der Häftlingszahl, denn man hat diese Sondertypen von Lager hauptsächlich mit den Häftlingen gefüllt, die bereits schon in anderen Lagern saßen.

Das allgemeine Wachstum der Häftlingszahl begann ab Frühjahr 1944. Einen besonders großen Strom brachte der Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets „Über die Strafe für die Aneignung des staatlichen und öffentlichen Eigentums“ von 4.6.47. Dieser Ukas hat die Urteile sogar für kleinste Diebstähle verschärft und Lagerfristen verlängert. Allein nach diesem Ukas wurden rund 184.000 Menschen bestraft.

Die größte Gesamtzahl der Häftlinge in den Lagern und Kolonien wurde im Sommer 1950 erreicht: 2.600.000 Menschen.

Große Zahlen brachten auch die Kriegsgefangenenlager, die zum GUPWI-System<sup>87</sup> gehörten, also nicht zum GULAG. Nachdem man sich im Februar 1943 für die Nutzung der Arbeitskraft der Kriegsgefangenen entschieden hatte, befinden sich im Mai 1945 in der UdSSR 2.700.000 Kriegsgefangene.

Eine besondere Stellung nehmen im sowjetischen Lagersystem die Sonderlager des NKWD/MWD in der Sowjetischen Besatzungszone ein. Diese existierten von 1945 bis 1950 und waren eine Mischung zwischen Internierungslagern und den Invalidenlagern des GULAG. Für ihre Verwaltung war eine Sonderabteilung geschaffen worden – sie war dem NKWD- Bevollmächtigten für die SBZ unterstellt. Erst 1948 wurden diese Lager formell dem GULAG unterstellt. Einer der Gründe für die besonders schlimmen Zustände in diesen Lagern und die sehr hohen Todeszahlen lag darin, daß sie weder für die Ar-

86 GARF, f. 9414, op.1, d.1845, l.206, l.71-77.

87 Gosudarstwennoje Uprawlenije po delam woennoplennich i internirowannich (Staatliche Verwaltung in der Sache der Kriegsgefangenen und Internierten). Die Beschreibung der GUPWI-Lager ist im Rahmen dieser Expertise nicht möglich.

beitnutzung und noch für die Selbstfinanzierung bestimmt waren. Keine sowjetische Struktur konnte dieser Lager ökonomisch effektiv verwalten.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der sowjetischen Lager in den ersten Jahren der Nachkriegszeit erreicht fast das Niveau der Vorkriegszeit. Die Hauptrichtungen bleiben Holzwirtschaft, Eisenbahnbau, Metallurgie und Goldförderung. Zur ersten neuen Richtung wurde die Beteiligung der Lager am Atomprojekt. Dafür wurde im Herbst 1946 die Hauptverwaltung für die Industriebauten (GULPS) umprofiliert. Gleichzeitig wurden 1946 NKWD und NKGB in MGB und MWD umbenannt.<sup>88</sup> Die Goldförderung wurde vom MWD monopolisiert, wozu eine neue eigene Hauptverwaltung organisiert wurde.

#### *4.11. Die Reorganisation und die Liquidierung des GULAG nach Stalins Tod*

Nach dem Tod von Stalin kam es zu entscheidenden Veränderungen im System der Strafvollzugstellen. Nach offiziellen Angaben waren am 1.1.1953 in den Lagern und Kolonien der UdSSR 2.472.247 Menschen inhaftiert. Schon im März 1953 gab es erste Versuche, die Organisation der Haftstellen zu reformieren. Nach Beschlüssen des Ministerrates der UdSSR vom 18. und 28.3.1953 wurden mehrere Verwaltungen und Objekte der Wirtschaftshauptverwaltungen (GULPS, GULGM, GUSCHOSDOR, Dalstroj) aus dem MWD ausgegliedert und anderen Ministerien zugeteilt. Die Lager, die unter ihrer Verwaltung standen, waren von nun an dem GULAG unterstellt, bis auf die Speziallager und die Lager für verurteilte Kriegsverbrecher und die Gefängnisabteilungen des MWD.

Der GULAG selbst wurde zunächst auch aus dem MWD ausgegliedert, dann wiederum mit dem MGB vereinigt und schließlich ins Justizministerium eingegliedert. Am 21. Januar 1954 wurde der GULAG wieder für kurze Zeit ein Teil des MWD.

Auf diese Weise wurde das sowjetische Lagersystem quasi zurück in die Anfangsphase gebracht, als man kaum über große Industrieobjekte verfügte. Gleichzeitig faßte der Ministerrat den Beschluß über die Liquidierung von einigen Bauobjekten, die von den Häftlingen errichtet werden sollten, da sie den „heutigen Bedürfnissen der Volkswirtschaft“ nicht entsprachen.

Ein sehr wichtiger Beschluß, der starke Auswirkungen für das Lagersystem hatte, war der Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 27.3.1953 über die Amnestie. Nach diesem Ukas sollten im Laufe von 3 bis 4 Monaten diejenigen Häftlinge entlassen werden, die bis zu 5 Jahren wegen amtlicher und wirtschaftlicher Kriminaldelikte verurteilt waren, auch schwangere Frauen, Frauen mit kleinen Kindern, Minderjährige, ältere Männer und Frauen sowie Schwerkranke sollten entlassen werden. Diejenigen, die wegen sogenannter

<sup>88</sup> D.H. keine Volkskommissariate, sondern Ministerien.

konterrevolutionärer Verbrechen verurteilt wurden, oblagen dieser Amnestie nicht.

Als Ergebnis sank die Gesamtzahl der Lager: während Anfang März 1953 noch 175 Lager und Lagerabteilungen existierten, war ihre Zahl schon im April zur Hälfte gesunken, und Ende des Jahres gab es nur noch 68 Lager.

Die Reorganisation des Lagersystems geschah unter dem Druck der Umstände. Einerseits zwangen viele Proteste und Ausschreitungen der Häftlinge, vor allem in den Speziallagern, die Leitung des GULAG, eine Milderung der Lagerordnung einzuführen. Andererseits war die Ineffektivität der Zwangsarbeit sowie auch die rapide Verschlechterung der ökonomischen Ergebnisse des Lagersystems offensichtlich.

Im Sommer 1954 wurden auch die Speziallager abgeschafft, und gleichzeitig begann der Prozeß der Überprüfung der Fälle derjenigen Personen, die wegen der „konterrevolutionärer Tätigkeit“ verurteilt worden waren. Dieser Prozeß setzte sich auch in den nächsten Jahren fort. Am 12.1.56 befanden sich in den sowjetischen Haftstellen 940.880 Häftlinge, von denen 14,6% (113.735) wegen sogenannter konterrevolutionären Verbrechen verurteilt war.

Bis zum Ende der 50er Jahre wurden verschiedene Versuche der Reorganisation mit dem sich faktisch schon auflösenden Lagersystem durchgeführt. Die Versuche, es wieder in Gang zu bringen, brachten aber keine Erfolge. Folgerichtig erklärte daher ein Beschluß des ZK der KPDSU von 25.10.56 ein weiteres Erhalten von Besserungslager als unzweckmäßig, denn „die wichtige Aufgabe der Umerziehung der Häftlinge durch Arbeit“ sei nicht erfüllt worden.

Nach diesem Beschluß sollten alle Besserungslager unter die Leitung des MWD der Unionsrepubliken übergeben und in die Besserungskolonien reorganisiert werden. Dadurch sank die Zahl der Lager ständig, Anfang 1960 waren es noch 26. Durch den Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde im Endeffekt das Unionsministerium des Inneren liquidiert und damit auch der umbenannte GULAG (Hauptverwaltung der Besserungskolonien des MWD der UdSSR). Der GULAG existierte nicht mehr.

## *5. Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte der aus politischen Gründen Verfolgten (Rehabilitierung).*

### *5.1. Die Zahlen*

Die Gesamtzahl der aus politischen Gründen in den Jahren der Sowjetherrschaft Verfolgten wird bis heute offiziell nicht genannt. Wenn man den Angaben des KGB glauben darf, dann haben die Sicherheitsbehörden (WTschK, OGPU, NKWD, MGB) in der Periode zwischen 1921 und 1953 rund 4 Millionen Menschen verhaftet und gegen diese Untersuchungen durchgeführt (stati-

stische Angaben für die Jahre 1917 bis 1920 fehlen). Rund 1 Million der Verhafteten wurde erschossen, die restlichen wurden zu Lager, Strafkolonie, Verbannung u.ä.m. verurteilt. Diese Zahl wird nicht nur durch die interne Statistik der Sicherheitsorgane mehr oder weniger bestätigt, sondern auch durch die Anzahl von Untersuchungsakten, die in den Archiven aufbewahrt werden.

Allerdings wurde eine wesentlich größere Anzahl von Menschen Opfer der administrativen Repressionen. Diese administrativen Repressionen bestanden vor allem in der Ausweisung vom bisherigen Lebensort und der gewaltsamen Ansiedlung in anderen Teilen des Landes als Resultat der Kollektivierung am Beginn der 30er Jahre, aus den Deportationen der Jahre 1939 bis 1944 (Polen, Deutsche, Krimtataren, Tschetschenen und andere) und aus den Nachkriegsäuberungen der von den Deutschen besetzten Territorien. Darüber hinaus gab es noch eine ganze Reihe verschiedener anderer Kategorien von Sowjetbürgern und Ausländern, die verschiedenen außergerichtlichen Verfolgungen ausgesetzt waren. Die Zahl der Opfer der administrativen Repressionen ist aus politischen Gründen nicht einmal annähernd bekannt.

### *5.2. Die Rehabilitierung in der Chruschtschow-Zeit*

In der Chruschtschow-Zeit gab es eine teilweise Wiederherstellung der Gerechtigkeit. Die überwiegende Mehrheit der Häftlinge in den Lagern und Arbeitslagern, sowie die Verbannten und die sogenannten Spezialangesiedelten, die sich unter politischen Anschuldigungen dort befanden, wurden frei gelassen. Es erfolgte die national-territoriale Wiederherstellung einiger Republiken und autonomer Gebiete, deren Völker unterdrückt worden waren. (Kalmükien, Karatschaewskaja, Balkarskaja, Tschetscheno-Inguschische). Schließlich wurde annähernd eine halbe Million Menschen rehabilitiert (d.h. ihre Bürgerrechte wiederhergestellt), die in Einzelverfahren durch gerichtliche und außergerichtliche (aber dem Gericht gleichgestellte) Organe verurteilt worden waren.

Dieser gesamte Prozeß blieb allerdings kraftlos und widersprüchlich. Dies beruht allein auf politischen Gründen: so wurde es zum Beispiel den Krimtataren nicht gestattet, auf die Krim zurückzukehren, die deutsche autonome Region an der Wolga wurde nicht wieder hergestellt, es war ferner niemals die Rede von Kompensationszahlungen für konfisziertes Eigentum oder auch nur von der Ausstellung von Bestätigungen über die Unschuld der ehemaligen administrativ Deportierten (die positive Bedeutung der Kollektivierung wurde von den Machthabern nie in Frage gestellt) und der gleichen mehr.

Die Rehabilitierung, die eine gerichtliche Überprüfung von Verfahren und die folgende Erteilung einer Bestätigung über die Einstellung dieser Verfahren mangels an Vergehen und Vorfällen umfaßte, wurde nicht transparent durchgeführt (das heißt, ihre Ergebnisse wurden nicht öffentlich gemacht). Sie erfolgte ausschließlich auf individuelle Anforderung der Opfer oder ihrer direkten Verwandten und war diktiert von allen Anzeichen der politischen Zweckmäßigkeit. Deshalb blieben zum Beispiel alle Beschuldigten der sogenannten

„großen Moskauer Prozesse“ von der Rehabilitierung ausgenommen, also solche wie Bucharin und andere, während dagegen viele direkte Täter der Repressionen rehabilitiert wurden wie z.B. bekannte Funktionäre der Partei und der Sicherheitsorgane.

### *5.3. Die Unterbrechung des Rehabilitierungsprozesses zur Brejnew-Zeit*

Nach dem Rücktritt Chruschtschows (1964) schloß der Prozeß der Rehabilitierung, der im Zeichen des 20. Parteitages stattfand („Abschaffung des Stalin-Kultes“, „Rückkehr zu den leninistischen Normen“) bald ein. Und gleichzeitig begann die Gegenbewegung – in die Lager, in die Verbannung, in die psychiatrischen Spezialkliniken. Allerdings war dieser Strom dem stalinschen nicht vergleichbar – pro Jahr wurden aus politischen Motiven nicht mehr als ein paar hundert Menschen verhaftet, mit Ausnahme der Jahre 1957-58, manchmal sogar weniger. Insgesamt kann man in der Zeitspanne von 1957 bis 1987 von 8.000 bis 20.000 aus politischen Gründen Verfolgten sprechen.<sup>89</sup>

### *5.4. Die Veränderungen in der Perestrojka-Zeit*

Radikale Veränderungen gab es erst in der Gorbatschow-Ära. Zu Beginn des Jahres 1987 wurden fast alle politischen Gefangenen aus den Lagern und Strafkolonien freigelassen. Allerdings wurden sie nicht rehabilitiert, sondern nur begnadigt. In diesem Sinne entsprach ihre Freilassung den Freilassungen der Jahre 1954 bis 1956. Fast gleichzeitig begann auch eine Lockerung der Zensur: in den Zeitungen tauchte – anfangs noch vorsichtig, später immer deutlicher – das Thema der Repressionen von 1937 auf. In den ersten Monaten hielten sich die Zeitungsartikel im Rahmen des Konzepts des 20. Parteitages, doch bald schon – unter dem Einfluß der turbulenten gesellschaftlichen Prozesse – wurde dieser Rahmen immer mehr ausgeweitet. Die Entlarvung Stalins (bezeichnend ist hier an sich schon die Tatsache, daß Stalin als Thema überhaupt auftaucht) ging über in eine vorsichtige Diskussion über das Schicksal des Sozialismus. Man sprach plötzlich ohne die traditionellen Beschimpfungen über Bucharin, Sinowjew, Kamenew und andere nicht rehabilitierte bolschewistische Führer. Es war plötzlich möglich, zumindest einen Teil der Wahrheit über die Kollektivierung zu veröffentlichen, zunächst in literarischer Form, später auch publizistisch.

Die Machthaber versuchten, die Initiative in der beginnenden Diskussion über die Geschichte an sich zu reißen. Ende September 1987 gründete das Politbüro eine Spezialkommission „Zum zusätzlichen Studium der Materialien über die Repressionen der 30er und 40er Jahre sowie des Beginns der 50er Jahre“. Einen Monat später wurde einer der engsten Vertrauten Gorbatschows – Jakow-

<sup>89</sup> Diese Angaben sind von der Forschungsgruppe der Memorial-Historiker zur Verfügung gestellt worden.

lew – zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt, der sich – mit Unterbrechungen – bis heute mit den Problemen der Vergangenheit beschäftigt. Heute ist er der Vorsitzende der Kommission zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repressionen beim Russischen Präsidenten. Die Kommission beschäftigte sich am Beginn mit der Rehabilitierung prominenter Parteiaktivisten der 30er Jahre (also dem, was Chruschtschow seinerzeit nicht machen konnte). Erst Ende 1988, bei ihrer siebenten Sitzung, sprengte die Kommission den reinen Parteirahmen – und befaßte sich mit dem Fall des „jüdischen antifaschistischen Komitees“. Aber die gesellschaftliche Entwicklung ist inzwischen schon viel weiter gegangen.

### 5.5. Die Gründung der Gesellschaft „Memorial“<sup>90</sup>

Vom Herbst 1987 an entsteht – zunächst in Moskau, aber schon sehr bald auch im ganzen Land – die Bewegung „Memorial“, in der sich nicht nur die ehemaligen Gefangenen der Stalin-Ära sammeln, sondern auch die Intellektuellen „Sechziger“ und die politisch aktive Jugend. Die Mitglieder dieser Bewegung sammelten Unterschriften für eine Petition an Gorbatschow mit der Forderung, ein Denkmal für die Opfer der Repressionen zu errichten und darüber hinaus eine umfassende Erinnerungsstruktur zu errichten:<sup>91</sup> jedes Archiv, jedes Museum, jede Bibliothek, in denen es Materialien über die Verbrechen des Regimes gab, sollte öffentlich zugänglich gemacht werden, um eine Garantie dafür zu schaffen, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.

Sehr bald wurde aus der Bewegung eine gesellschaftliche Organisation. „Memorial“ war die erste Massenvereinigung in der Sowjetunion, die nicht aufgrund einer Parteientscheidung entstand, sondern „von unten“.

Die Machthaber fürchteten, daß aus „Memorial“ eine oppositionelle politische Partei werden könnte und machten der Bewegung alle möglichen Schwierigkeiten. Allein der Beteiligung einiger Prominenter, wie zum Beispiel Andrej Sacharow oder der Dichter Jewgenij Jewtuschenko, ist es zu verdanken, daß sich „Memorial“ im Januar 1989 als gesellschaftliche Organisation konstituieren konnte: Offiziell registriert wurde „Memorial“ allerdings erst 1990. Dem gesellschaftlichen Rat der Organisation, der infolge einer Befragung der Bevölkerung gewählt worden war, gehörten 16 Personen an, darunter Vitalij Kоротich (Chefredakteur der Zeitschrift Ogonök), Andrej Sacharow, Jurij Afanasjew, Ales Adamowitsch (Schriftsteller) Ewgenij Ewtuschenko, Boris Jelzin u. a.

Die öffentliche Meinung in den Zeitungs- und Zeitschriftenseiten oder auch bei den von „Memorial“ organisierten Kundgebungen, forderte ständig, daß der Staat den chronologischen Rahmen der Repressionen eingesteht, daß die

90 Die wichtigsten Dokumente von Memorial liegen in deutscher Übersetzung in einer Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung vor.

91 Im Juli 1988 waren es schon 30.000 Unterschriften.

Schuldigen genannt und angeklagt werden mögen, daß die Archive des KGB und des MWD geöffnet und die Geheimabteilungen der Bibliotheken aufgelöst werden sollten, daß es eine Massenrehabilitierung der Opfer der Repressionen geben müsse. Die Machthaber gaben schließlich nach, und das nicht nur, indem sie still und leise die Türen der Archive und Spezialarchive zu öffnen begannen, sondern auch in konzeptioneller Hinsicht.

So zum Beispiel in der Frage der Chronologie: Mitte der 90er Jahre wurde bereits offiziell eingestanden, daß die ungesetzlichen Repressionen Mitte der 20er Jahre begonnen haben. Die Schuld an ihnen wurde der „stalinschen Führung“ angelastet. Die ersten Jahre der Sowjetmacht (die „leninsche Periode“ also) wollte die Regierung Gorbatschow doch nicht als verbrecherische Jahre einbekennen. Dasselbe betraf auch die nachstalinschen Jahrzehnte (einige Menschen, die während der chruschtschowschen-breschnjewschen Zeit gelitten hatten sind übrigens rehabilitiert worden).

Welche Motive auch immer diese Machthaber hatten, einige wichtige Entscheidungen wurden von ihnen getroffen. Am 11. Juli 1988 beschloß das Politbüro des ZK der KPdSU die Resolution „über die zusätzlichen Maßnahmen zur Vollendung [sic!] der Arbeit im Zusammenhang mit der Rehabilitation“, die der Staatsanwaltschaft und dem KGB vorschrieb, die Begutachtung der Gerichtsakten fortzusetzen, und zwar unabhängig von den Anträgen der betroffenen Bürger.

### *5.6. Der Ukas über die Rehabilitierung*

Ein halbes Jahr später, am 16.1.89, kam ein Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets heraus, der alle außergerichtlichen Urteile der 30er und vom Beginn der 50er Jahre aufhob und der alle Personen, die nach solchen Urteilen bestraft wurden, für rehabilitiert erklärte. Die örtlichen Sowjets erhielten mit diesem Ukas den Befehl, bei der Aufstellung von Denkmälern für die Opfer und bei der Pflege ihrer Gräber Hilfe zu leisten. Aber dieser Ukas, der ohne Zweifel eine sehr wichtige Rolle spielte, hatte auch ernsthafte Fehler in der Frage der Rehabilitierung.

Auf der einen Seite (und das wurde von der Gesellschaft sehr hoch eingeschätzt) wurde zum ersten Mal in einem veröffentlichten staatlichen Dokument dieses Ranges über die außergerichtlichen Organe gesprochen und ihre Entscheidungen beurteilt. Vom rechtlichen Standpunkt aus war auch die Aussage von der sofortigen Aufhebung aller Entscheidungen der außergerichtlichen Organe unanfechtbar. Im Archiv der Gesellschaft „Memorial“ befindet sich das Stenogramm jener Sitzung des Politbüros, in der das Projekt des Ukas' vom 16.1.89 erörtert wurde. Das Dokument zeigt, daß sich diese Aussage der sofortigen Aufhebung nur dank des energischen Eintretens Gorbatschows durchsetzen konnte. Auf der anderen Seite war diese Aussage aber dazu verurteilt, nicht realisiert zu werden. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß eben diese außergerichtlichen Organe auch die Mehrheit der tatsächlichen

Verbrecher aburteilten – von großen Banditen bis hin zu Personen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hatten. Eine totale Aufhebung aller außergerichtlichen Urteile hätte automatisch zur gesamten neuen Bearbeitung aller Fälle und der Durchführung neuer Untersuchungen führen müssen. Wenn man die Anzahl der außergerichtlichen Verurteilungen in der Praxis der WTschK, der OGPU, des NKWD und des MGB in Betracht zieht (und das waren mehr als 2/3 der Gesamtzahl) hätte eine solche Arbeit einige Jahrzehnte gedauert. Die Praxis gestaltete sich daher so: Die Akten, die sich im Archiv des KGB befanden, wurden einem KGB-Mitarbeiter in die Hand gedrückt, der – nach einer relativ schnellen Durchsicht – seine Ansicht darüber niederschrieb, ob eine Rehabilitierung durchgeführt werden sollte oder nicht. Danach wurde die Akte mit dieser Schlußfolgerung an die Staatsanwaltschaft übergeben, wo die endgültige Entscheidung getroffen wurde. Danach händigte man dem Opfer oder seinen Nachkommen eine Bestätigung über die Rehabilitierung aus. Zwei Jahre nach Gorbatschow mußten sich die Verfasser eines wesentlich durchdachteren und in vielen Beziehungen wesentlich gerechteren Gesetzes über die Rehabilitierung im russischen Parlament mit dem Problem der außergerichtlichen Entscheidungen herumschlagen. Aber auch sie konnten dieses Problem nicht befriedigend lösen. Aber trotz aller dieser Anmerkungen muß festgestellt werden, daß der Ukas vom 16.1.89 gemeinsam mit der Entscheidung des Politbüros vom 11 Juni 1988 der starke Auftakt einer neuen Rehabilitierungswelle war.

### *5.7. Der Ukas vom 13.8.1990*

Eine prinzipiell neue Etappe im Verständnis der historischen Realitäten bei den Machthabern leitete der Ukas des Präsidenten der UdSSR „über die Wiederherstellung der bürgerlichen Rechte für alle Opfer der Repressionen in den Jahren 1920 bis 1950“ vom 13.8.1990 ein. In diesem Ukas wurden alle Repressionen, begangen aus politischen, nationalen, religiösen und sozialen Gründen zum ersten Mal als ungesetzlich deklariert und eingestanden. Es war hier ganz ausdrücklich die Rede vom verbrecherischen Charakter dieser Repressionen und von ihrer Unvereinbarkeit mit „den Normen der Zivilisation“, von den Opfern der Kollektivierung, von der Verfolgung des Klerus, von der Inkonsequenz des Rehabilitierungsprozesses nach dem 20. Parteitag und von vielem mehr. Der Ukas war an und für sich ein rein deklaratorisches Dokument, er schlug keinerlei Maßnahmen zur Beschleunigung und Verbesserung des Rehabilitierungsprozesses vor, sondern beauftragte den Ministerrat, solche Maßnahmen vorzuschlagen (was dieser übrigens nie getan hat).

Der Ukas vom 13.8.1990 war der letzte – und wichtigste – gesamtsowjetische Akt im Zusammenhang mit den Repressionen. Mit ihm wurde genau jene Linie der politischen Bewertung der Vergangenheit vollendet, die Chruschtschow begonnen hatte. Aber in diesem Ukas finden sich auch die Grundzüge der Dokumente der nahen Zukunft mit ihrer „menschenrechtlichen“ Terminologie. Das wichtigste dieser Dokumente war das Gesetz über

die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen, das genau in dieser Zeit im Obersten Sowjet Rußlands ausgearbeitet wurde.

### *5.8. Das Gesetz „Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repressionen“ vom 18.10.1991*

Dieses Gesetz wurde vom Komitee für Menschenrechte ausgearbeitet, dem der bis kurz zuvor selbst aus politischen Gründen inhaftierte Sergej Kowaljow (heute auch Duma-Abgeordneter) vorstand. Der wichtigste Autor des Gesetzes war der Jurist und Abgeordnete Anatolij Kononow (seit 1992 Richter am Verfassungsgericht der Russischen Föderation). An der Erarbeitung des Gesetzes nahmen aber auch Vertreter gesellschaftlicher Organisationen teil, vor allem Vertreter von „Memorial“.

Der Oberste Sowjet beauftragte das Komitee für Menschenrechte zunächst mit der Erarbeitung eines Gesetzes über die Rehabilitierung der Opfer der Repressionen der Jahre 1960 bis 1980. Das Komitee sollte also das tun, wozu sich weder Gorbatschow noch der Oberste Sowjet der Sowjetunion hatten entschließen können oder wollen. Allerdings kamen die Verfasser des Gesetzes sehr bald zu dem Schluß, daß ein russisches Gesetz alle Opfer politischer Repressionen während der gesamten Sowjetherrschaft (also vom 25. Oktober 1917 an) bis zur Annahme des Gesetzes rehabilitieren müßte. Diese Idee wurde sofort vom damaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, Boris Jelzin, unterstützt, dessen radikale Äußerungen zum Thema Repressionen ausreichend bekannt waren (1988 wurde er sogar in den gesellschaftlichen Rat von „Memorial“ gewählt, an den Sitzungen dieses Rates hat er allerdings nur einmal teilgenommen).

Dem Gesetz vorangestellt wurde eine Präambel, die politischen Charakter hat. Hier wird der Sowjetstaat als totalitär bewertet, es wird der Terror verurteilt, den Opfern und ihren Familien wird das offizielle Mitgefühl ausgedrückt, man nennt den chronologischen Rahmen der Repressionen (und entsprechend dazu auch der Rehabilitierungen) und es ist die Rede von „dem unermüdlichen Streben, reale Garantien für die Sicherung der Gesetzlichkeit und der Menschenrechte zu erhalten“.

Danach gibt das Gesetz eine Definition des Terminus „politische Repression“ und nennt die Kategorien jener Personen, die zu rehabilitieren sind. Das sind:

- a) Personen, die von Gerichten aus politischen Motiven verurteilt worden sind;
- b) Personen, die von außergerichtlichen Organen verurteilt wurden;
- c) Personen, die auf Grund administrativer Beschlüsse in die Verbannung geschickt, ausgesiedelt, in Spezialsiedlungen angesiedelt oder zu Zwangsarbeit unter Einschränkung der persönlichen Freiheit herangezogen wurden. In diese Kategorie fallen auch die entkulakisierten Bauern, die deportierten

Völker und die verbannten Familienmitglieder von „Vaterlandsverrätern“ und noch viele mehr;

- d) Personen, die aus politischen Motiven zwangsweise in psychiatrische und andere medizinische Einrichtungen gebracht wurden.

Die Ausnahmen betrafen nur solche Formen von gesellschaftlich gefährlichen Handlungen, die in jedem zivilisierten Land strafbar sind und in erster Linie Gewaltverbrechen betreffen. Die Liste der Ausnahmen wurde im Vergleich zu den normativen Unionsakten wesentlich gekürzt. Sie umfaßte nicht solche Taten, die als Vaterlandsverrat qualifiziert wurden, wie „Flucht ins Ausland“ oder „Verweigerung der Rückkehr aus dem Ausland“ oder „Mitgliedschaft in antisowjetischen Organisationen“ u. a.

Artikel 5 des Gesetzes rehabilitiert völlig und ohne Verklausulierungen Personen, die wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“ (Art. 70 des Strafgesetzbuch der RSFSR), wegen „Verbreitung bewußt falscher Erfindungen, die die sowjetische staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verleumdern“ (Art. 190.1), wegen „Verletzung der Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat und von Schule und Kirche (Art. 142) und wegen „Anschlag auf die Persönlichkeit und die Rechte der Bürger unter dem Vorwand der Ausübung religiöser Riten (Art. 227) verurteilt wurden. Aufgrund dieser Beschuldigungen wurden die politischen oder religiösen Dissidenten der 60er bis 80er Jahre verfolgt.

Erstmalig wurde in der Gesetzgebung das prozessuelle Verfahren zur Rehabilitierung der Opfer der politischen Unterdrückung festgelegt. Das Recht, einen entsprechenden Antrag zu stellen, steht praktisch jeder interessierten Person oder gesellschaftlichen Organisation zu. Solche Anträge müssen innerhalb einer Dreimonatsfrist durch die Organe des Innenministeriums oder der Staatsanwaltschaft geprüft werden.

Es wurde auch ein Beschluß gefaßt, im Rahmen des Rehabilitierungsgesetzes eine teilweise Entschädigung in Form einer bestimmten Geldsumme für die Rehabilitierten, die am Leben geblieben waren (für die Erben sollte die Kompensation nicht ausbezahlt werden), zu leisten.<sup>92</sup> Dieser Beschluß hat im Obersten Sowjet einen besonders heftigen Streit hervorgerufen.

Einen größeren Wert für die Rehabilitierten besitzen die Privilegien, die ihnen das Gesetz einräumte: kostenlose Fahrt mit den Ortsverkehrsmitteln, Privilegien bei der Bezahlung der Miete und der kommunalen Dienstleistungen, sowie bei der medizinischen Versorgung u. a.

Erst 1995 wurden durch einen Erlaß des Verfassungsgericht auch die Angehörigen der Opfer der Repressionen (Kinder, Ehepartner und Eltern all jener, die erschossen oder in der Haft gestorben waren) als Opfer verankert. Dadurch er-

<sup>92</sup> Diese Summe wurde dann infolge der Inflation mehrmals geändert, aber sie sollte nicht mehr als (umgerechnet nach der heutigen Preislage) 2.700 DM sein.

hielt auch diese Kategorie bestimmte Privilegien, jedoch keine materielle Entschädigung.

### *5.9. Die gesellschaftliche Entwicklung 1991-1995: der „Fall KPdSU“*

Wie bereits erwähnt wurde das öffentliche Interesse am Thema Repressionen Ende 1989, Anfang 1990 schwächer. Auch nicht die Situation rund um den „Fall KPdSU“ konnte dieses Interesse wieder wachrütteln. Bei dem „Fall KPdSU“ ging es um die Frage der Rechtmäßigkeit der Erlasse des russischen Präsidenten über die Auflösung der KPdSU und die Übernahme ihres Eigentums und ihrer Archive durch den Staat. Der Fall wurde 1992 vor dem Verfassungsgericht verhandelt. Damals erhielten die Experten, die für den Präsidenten und das Gericht arbeiteten, fast völlig freien Zugang zu den Archiven und präsentierten dem Gericht mehr als zehn Bände mit Beweismaterial über die Verbrechen des vergangenen Regimes. Viele dieser Dokumente – die entscheidend sind für das Verständnis der Geschichte des politischen Terrors – gelangten damals auch in die Massenmedien. Allerdings brachte das keinen nennenswerten Bewußtseinswandel in der Gesellschaft mit sich. Dies lag auch nicht an der offenen Weigerung des Vorsitzenden des Gerichtes, diese Dokumente zu den Akten zu nehmen. Er nannte sie ironisch „kumranskische Chroniken“, das heißt, er äußerte die Meinung, daß diese Dokumente keinerlei Bezug zur aktuellen Situation hätten. Die öffentliche Gleichgültigkeit hatte wahrscheinlich viel mehr mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der ersten Reformjahre zu tun, mit dem Unbehagen über den Zerfall des Landes und mit den auftauchenden neuen sozialpolitischen Realitäten. Genau in dieser Zeit beginnt in der Gesellschaft die Enttäuschung über die „Demokraten“ (Jelzin) zu Tage zu treten, die Nostalgie nach der ruhigen Vergangenheit und gleichzeitig der Wunsch nach einer „starken Hand“, was auch der Ausgang der Parlamentswahlen von 1993 illustriert. All das förderte nicht unbedingt den Versuch einer historischen Reflexion und die Bereitschaft sich mit den erschütternden Dokumenten auseinanderzusetzen. Das Thema der Repressionen bleibt natürlich für die Opfer, die in dieser Zeit sehr unter dem Verlust des öffentlichen Interesses an ihrer Sache leiden, sehr bedeutend. Nach und nach wird dieses Thema auch für die akademischen und Universitätshistoriker mehr oder weniger wichtig, was insbesondere auf der neuen Zugänglichkeit von unglaublichen Mengen früher gänzlich unbekannter Materialien beruht. Auch „Memorial“ setzt seine intensive Beschäftigung mit diesem Thema fort.

### *5.10. Die Tätigkeit von „Memorial“*

„Memorial“ verändert sich in dieser Zeit (1991-1994) in eine Organisation, die in verschiedene Richtungen arbeitet:

- a) Die aktuelle Verteidigung der bürgerlichen und politischen Rechte von Bürgern. „Memorial“ sieht sich darin als Nachfolgerin der Menschenrechtsbewegung der sowjetischen Epoche.
- b) Die intensive Forschung in Staatsarchiven durch Historiker von „Memorial“, einerseits als Forscher, vor allem aber als Experten für verschiedene staatlichen Kommissionen (der Kommission für die Übergabe der Archive der KPdSU und des KGB an den Staat, der Kommission für die Rehabilitierung usw.) oder als Experten für das Verfassungsgericht, auf dessen Anfrage hin „Memorial“ eine spezielle Expertise zum Thema „Die KPdSU und die Massenrepressionen“ erarbeitet.
- c) „Memorial“ setzt die Bestrebungen fort, die eigenen Archive zu vervollständigen, Fotos und Privatsammlungen zusammenzutragen, die Bibliothek über die Repressionen zu erweitern, Ausstellungen zu organisieren sowie Vorträge und Abende zur Aufklärung zu veranstalten, bei denen über das Thema des Terrors gesprochen wird.
- d) Schließlich bemüht sich „Memorial“ (in den verschiedenen Regionen mit unterschiedlichem Erfolg) den Opfern der Repressionen rechtliche Hilfe zu Teil werden zu lassen, nimmt an der Vorbereitung und Erarbeitung regionaler und föderativer Gesetze und Verordnungen teil, die die Rehabilitierung und die soziale Hilfe für die ehemaligen Opfer des Terrors betreffen.

Einen wichtigen Platz in der Arbeit von „Memorial“ nimmt die Durchsetzung von Denkmälern für die Opfer des Terrors ein. Das „zentrale Denkmal“, von dem in den Jahren 1987 und 1988 sehr viel die Rede war, wurde bis heute nicht errichtet. Mit den Jahren, vor allem nach dem Zerfall der Sowjetunion, gab es immer mehr Zweifel an seiner Sinnhaftigkeit. Erfolgreich war eine Initiative von „Memorial“ im Jahr 1990, als man aus Solowki, einer Insel im Weißen Meer von der aus der GULAG seinen Anfang nahm, einen riesigen Stein nach Moskau brachte, der (mit Hilfe der Abgeordneten des Moskauer Stadtsowjetes) auf dem Lubljanka-Platz aufgestellt wurde, gegenüber dem Gebäude des KGB und dem Denkmal (das damals noch nicht von der Menge nach dem Augustputsch abgerissen worden war) des ersten Leiters der WtschK-OGPU Felix Dserschinski. Auf dem Sockel dieses Denkmals steht eingemeißelt wer, wann und warum diesen Stein hier aufgestellt hat. Der Platz „Beim Solowetzker Stein“ wurde schnell zum Treffpunkt aller ehemaligen Opfer am 30. Oktober jeden Jahres.

In einigen anderen Städten Rußlands hat man ebenfalls Denkmäler für die Opfer der Repressionen aufgestellt, das bekannteste von ihnen, das der Bildhauer Ernst Neiswestni geschaffen hat, steht in Magadan.

Ein besonderes Problem sind die Denkmäler und Gedenkzeichen dort, wo die Opfer der Massenerschießungen begraben sind. Die Erschossenen wurden an den verschiedensten Orten begraben, in den Höfen der Gefängnisse, öfters auch einfach auf den Städtischen Friedhöfen.

In den Jahren 1937 und 1938 während der Massenerschießungen wurden in fast jedem Bezirk (Gouvernement, Kreis) spezielle Territorien ausgewählt, die man einzäunte und zu denen die Legende erfunden wurde, sie seien „Übungsschießplätze“. Dort wurden auch die Massenerschießungen durchgeführt und deren Opfer begraben. Leider ist es sogar mit Hilfe der Archive des SFB schwer, diese Orte zu finden. Üblicherweise wird in den Akten über die Erschießungen in den Jahren 1937 und 1938 lediglich der Name der Stadt genannt (oder des Dorfes), in dem die Erschießungen stattfanden, nicht aber die genaue Lage des Erschießungsortes. Die genauen Orte kann man lediglich an Hand buchhalterischer Dokumente herausfinden, in denen die Pläne zur Abtragung von Erde verzeichnet sind, oder durch Befragungen ehemaliger NKWD-Mitarbeiter oder örtlicher Bewohner. Die jetzigen Nachfolgeeinrichtungen des NKWD bemühen sich nicht besonders, bei dieser Arbeit behilflich zu sein und zwar aus völlig prosaischen Gründen – häufig kennen sie diese Orte selbst nicht genau, manchmal wurden diese Plätze in den 40er und 50er Jahren mit Dienstgebäuden des NKWD zugebaut oder mit Datschen höherer NKWD-Mitarbeiter. Hinzu kommt, daß diese Suche zusätzliche Arbeit bedeutet (die Archivmitarbeiter des FSB haben auch so nicht gerade wenig zu tun) – zusätzliche Arbeit, für die sie aber nicht zusätzlich bezahlt werden. Natürlich kann man davon ausgehen, daß in einigen Fällen diese Massenerschießungs- und Begräbnisorte von selbst auftauchen. Auf jeden Fall können wir mit Bestimmtheit sagen, daß mehr als die Hälfte (wahrscheinlich sogar zwei Drittel) dieser Orte bisher nicht gefunden worden sind. Und nach der Verbreitung der Information über solche Orte in den Jahren 1989 und 1990 ist es um dieses Thema schon lange wieder still geworden. Ausnahmen sind hier selten: zum Beispiel ist hinreichend bekannt (aus den Begräbnisakten), daß es in Karelien, wo in den Jahren 1937 und 1938 etwas mehr als 10.000 Menschen erschossen worden sind, nicht weniger als zehn solcher Orte geben muß, bekannt sind davon aber höchstens drei oder vier. Die chronologisch letzte Entdeckung dieser Art hängt übrigens mit der Arbeit von „Memorial“ zusammen, deren Experten in einem Untersuchungsakt genaue Angaben über die Beerdigung eines Henkers suchten (der in der Folge wegen „Überschreitung seiner Machtbefugnisse“ verhaftet worden war). Wenn die Experten von „Memorial“ diese Akte nicht erhalten hätten (rechtlich gesehen hätte man sie ihnen mit vollem Recht verweigern können, weil dieser Henker nicht rehabilitiert wurde und weil es keine Genehmigung der Verwandten gab, die Akte einzusehen), hätten man nie herausgefunden, daß in dem Waldstück Skandormoch bei Medweschegorsk (dem ehemaligen Zentrum der Belbaltlager) mehr als 1.000 Gefangene des Solowezker Gefängnisses begraben liegen, unter ihnen die Blüte der russischen, ukrainischen und tatarischen Intelligenz.

Die treibende Kraft bei der Suche nach den Begräbnisorten ist natürlich die Gesellschaft selbst. Sie drängt auch auf die Errichtung von Gedenkzeichen (Kreuzen, Gedenksteinen usw.). Die örtlichen Behörden helfen in der Mehrheit der Fälle bei der Errichtung solcher Gedenkzeichen, doch eine ständige Pflege

dieser Begräbnisstätten zuzusichern, sind längst nicht alle örtlichen Behörden bereit.

Im Zusammenhang mit den Begräbnisorten entstehen die verschiedensten Probleme. Zum Beispiel hat man in einigen Orten in letzter Zeit damit begonnen, diese Stücke Land der orthodoxen Kirche zu übergeben. Und statt einem Denkmal entstehen hier jetzt Kapellen, Kirchen und daneben Wohnhäuser für die Priester. Ausgrabungen werden von niemandem durchgeführt und es ist völlig unklar, ob all diese Gebäude nicht direkt auf den Gräbern gebaut werden. Das geschieht zur Zeit beispielsweise in Butowo – dem größten unter Moskaus Massengräbern (hier liegen mehr als 20.000 Erschossene).

Schlimmer noch steht es um die Lagerfriedhöfe. Die Mehrheit der alten Lager wurde geschlossen und die Gefangenenfriedhöfe (die gab es fast bei jedem Lager) bleiben unbekannt. „Memorial“ schafft es nicht – mit wenigen Ausnahmen – sich darum zu kümmern. Aber auch die Kräfte von „Memorial“ sind beschränkt, außerdem hat „Memorial“ seine stärksten Gruppen nur in den großen Städten.

In den vergangenen Jahren hat man viele Friedhöfe bei Lagern für ausländische Kriegsgefangene gefunden. Diese Arbeit hat „Kriegsmemorial“ durchgeführt (eine eigene Organisation, die mit der Gruppe gleichen Namens keinerlei Verbindung hat), soweit bekannt ist, gemeinsam mit ausländischen Organisationen.

Das wichtigste Element bei der Einrichtung der Erinnerung an die Opfer der Repressionen ist aber die Herausgabe von „Gedenkbüchern“. Sie werden in verschiedenen Regionen Rußlands von gesellschaftlichen Kräften herausgegeben (meistens Gruppen von „Memorial“ oder Vereinigungen von ehemaligen Verfolgten), aber immer mit der Unterstützung des FSB oder der Staatsanwaltschaft. Ohne diese Unterstützung ist die Arbeit an diesen Büchern nicht möglich, denn nur die staatlichen Behörden bewahren die unumgänglich notwendigen Informationen auf (Untersuchungsakten, Kartotheken). Üblicherweise bestehen diese Bücher aus einer alphabetischen Liste der Erschossenen (manchmal auch aller Verhafteten und Verurteilten) mit kurzen Angaben zu den Personen – Familienname, Geburtsort und Geburtsjahr, Nationalität, Ausbildung, Adresse, Beruf; wann, von wem und nach welchen Paragraphen verurteilt, Datum der Erschießung. Die Informationen kommen aus den Fragebögen in den Untersuchungsakten, aus den Urteilen, den Rehabilitierungsunterlagen. Leider gibt es solche Bücher heute erst in weniger als der Hälfte aller russischen Regionen. Nicht weniger schade ist es, daß die Bücher in den verschiedenen Regionen nach verschiedenen Methoden hergestellt werden, und daß man in der Regel nur die Liste und die Biographien der Toten druckt. Große Bedeutung hätte nämlich gerade die Veröffentlichung der Namen der Überlebenden. Das würde es den Menschen erlauben, sich gegenseitig zu finden und gleichzeitig würde der Öffentlichkeit so die Rehabilitierung bekannt gemacht.

### 5.11. Die gegenwärtige Entwicklung

Das Thema der Repressionen kam in einem sehr künstlichen Kontext während der Präsidentenwahl 1996 wieder an die Öffentlichkeit. Das Land stand vor der Alternative: entweder Jelzin oder Sjuganow. Mit ersterem verband sich – abgesehen von anderen propagandistischen Charakteristiken – die Bannung der Vergangenheit. Mit zweiterem die dunkelsten Seiten eben dieser Vergangenheit. Übrigens lieferte Sjuganow selbst das Material für eine solche Interpretation – mit seinen Lobpreisungen Stalins, oder seiner Feststellung, das Ausmaß der Repressionen werde stark übertrieben und ähnlichem mehr. In dieser Zeit kehrten die Zeitungen, vor allem aber das Fernsehen, immer wieder zum Thema „Terror“ zurück. Und obwohl das Material natürlich entsprechend aufbereitet wurde, konnten die Fernsehzuschauer doch eine ganze Reihe ausgezeichnete Filme, die in den vergangenen Jahren entstanden waren, tausende höchst interessante Dokumentaraufnahmen, Fotos und ähnliches mehr sehen.

Heute sieht es nicht ganz so düster aus, wie noch vor ein paar Jahren. Die Historiker sind bereits soweit, daß sie seriöse Basiswerke über die Repressionen herausgeben können. Anlaß zur Hoffnung gibt die Tatsache, daß sich junge Leute, Studenten in den verschiedensten Städten, mit den verschiedensten Aspekten der Thematik der Verfolgung und der Geschichte des GULAG beschäftigen. Kürzlich hielten bei einer Konferenz der Stipendiaten der Böll-Stiftung und von „Memorial“ in Petersburg 20 junge Leute aus 13 Städten Rußlands Vorträge zu diesen Themen.<sup>93</sup> Natürlich gibt es noch immer viel zu wenige solcher Leute, in ihren Heimatregionen sind sie immer noch ganz alleine, Zugang zu den Archiven zu erhalten, ist für sie außerordentlich schwer, aber trotz alledem ist doch der Beginn einer positiven Bewegung in dieser Sache zu sehen.

Das allerdings sind Perspektiven, die die Wissenschaft betreffen. In den Schulen ist die Lage um einiges schlimmer. Es gibt keine entsprechenden Schulbücher, es gibt keine speziellen Lehrmittel. Die Geschichtslehrer sind fast überall Leute der alten Schule, sie versuchen, den aus ihrer Sicht all zu heißen Themen auszuweichen. Die nächste Aufgabe der Historiker liegt, so scheint es, daher gerade in der Schule.

Jetzt wird es immer klarer, daß der „Sturm“ des Massenbewußtseins, der Versuch also, eine breite öffentliche Geschichtsdiskussion auszulösen, nicht gelungen ist. Das bedeutet, daß alle, die sich mit dem Problem der Wahrheit über die Vergangenheit, mit dem Problem des geschichtlichen Gedächtnisses, mit der Wiederherstellung der Gerechtigkeit beschäftigen, eine lange (offenbar jahrelange) wissenschaftliche und aufklärerische Arbeit erwartet. Und vermutlich sollte das wichtigste Objekt dieser Tätigkeit die heranwachsende neue Generation sein.

93 Die Texte zur Konferenz sind im Sammelband veröffentlicht: Listja trawy. Moskwa 1996.

---

*Literatur*

## Erinnerungen:

- Olga Adamowa-Sliosberg: Put. Moskwa 1993  
Anna Barkowa: Isbrannoje. Moskwa 1992  
I.Bruchis: Tschujoj spektakl. Kniga wospominanij. Riga 1990  
A. Djakow: Powest o pereschitom. Moskwa 1966  
Ariadna Efron: A duscha ne tonet. Pisma is lagerej i ssilki 1942-1955. Moskwa 1996  
Nina Gagen-Torn: Memoria. Moskwa 1994  
Valeria Gordeewa: Konstanta. Moskwa 1996  
Ewgenija Ginsburg: Krutoj Marschrut. Moskwa 1990  
Walerij Frid: Sapiski lagernogo pridurka. Moskwa 1996  
Mira Jakowenko: Agnessa. Moskwa 1997  
Anatolij Jigulin: Tschörnye kamni. Moskwa 1989  
Aleksej Kapler: Ja i mi. Moskwa 1990  
Anna Larina-Bucharina: Nesabywajemoje. Moskwa 1989  
Galina Lewinson: Wsja nascha jisn. Wospominanija Galini Iwanowni Lewinson i rasskasy, sapissannije eju. Moskwa 1996  
Dmitrij Lichatschew: Wospominanija. St.Petersburg 1995  
I.Majewskaja: Wolnoje poselenije. Moskwa 1993  
Dmitrij Panin: Lubjanka-Ekibastuz. Moskwa 1991  
Julija Pjatnitskaja: Golgofa. St.Petersburg 1993  
L. Poljak: Bilu tak. Moskwa 1996  
Jakow Rappoport: Na rubeje dwuch epoch. Moskwa 1988  
Lew Rasgon: Nepridumannoje. Moskwa 1991  
Lew Rasgon: Pered raskritimi delami. Moskwa 1991  
Warlam Schalamow: Wischera. Moskwa 1989  
Warlam Schalamow: Woskresenije listwinitsi. Moskwa 1989  
Georgij Schjenow: Ot glucharja do Schar-ptizi. Moskwa 1989  
Michail Schreider: Sapiski tschekista. Moskwa 1995  
L.Tankajewa: Doiti do samoj suti. Moskwa 1996  
Jurij Tschirkow: A bylo wsjo tak. Moskwa 1991  
Sajara Wesjolaja: 7-35. Moskwa 1990  
A. Wojtolowskaja: Po sledam sudby mojego pokolenija. Siktivkar 1991  
Oleg Wolkow: Pogruschenije wo tmu. Moskwa 1992

## Sammelbände:

- Bol i pamjat: O jurnalistach. Moskwa 1993  
Do dnes tjagotejet: Sapiski waschej sowremennitsi. Moskwa 1989  
Teatr GULAGa: Wospominanija, otscherki. Moskwa 1995  
Wichod is labirinta: Ewgenij Alexandrowitsch Gnedin i o njom. Moskwa 1995  
Wolja 4-5 1995, Delo Sabolotskogo. Moskwa 1995  
Uroki gnewa i ljubwi. St.Petersburg 1994

## Historiographische Quellen:

- I. Batsajew: Kolymskaja grjada archipelaga GULAG (Archipel GULAG auf der Kolyma). In: „Istoritscheskije aspekti Sewero-Wostoka Rossii: ekonomika, obrasowanije, kolymskij GULAG. Magadan 1996  
O. Chlewnjuk: 1937. Stalin, NKWD i sowetskoje obtschestwo (1937. Stalin, NKWD und die sowjetische Gesellschaft). Moskwa 1992  
M. Detkow: Soderjanije penitentsiarnoj politiki Rossijskogo gosudarstwa i eje realizacija w sisteme ugolownogo nakasaniya w wide lischenija swobody w period 1917-1930 (Der Inhalt der Strafvollzugspolitik Rußlands 1917-1930). Moskwa 1992

- M. Detkow: Soderjanije karatelnoj politiki Sowetskogo gosudarstwa i eje realizatsija pri ispolnenii ugolownogo nakasanija w wide lischenija swobody w tridzatijschjatesjatie gody (Der Inhalt der Strafpolitik des Sowjetstaates in 30er bis-50er Jahren). Domodedowo 1992
- O. Elantsewa: Stroitelstwo N500 NKWD SSSR 1930-1940 (Der Bau N 500 NKWD der UdSSR). Wladiwostok 1995
- O. Elantsewa: Obretschennaja doroga. BAM 1932-1941(Die Verlorene Straße). Wladiwostok 1994
- E. Giljarow/A. Michailitschenko: Stanowlenije i raswitije ITU Sowetskogo gosudarstwa 1917-1925 (Die Entwicklung der Besserungsanstalten des Sowjetstaates). Domodedowo 1990
- G. Iwanowa: GULAG w sisteme totalitarnogo gosudarstwa (Der GULAG im System des totalitären Staates). Moskwa 1997
- A. Kanewa: UchtPetschlag 1929-1938. In: Swenja. Isoritscheskij almanach, Wyp.1, S. 331-354 Moskwa 1991
- W. Kirillow: Istorija repressij w Nijnetagilskom regione Urala 1920-1950 (Die Geschichte der Repressionen in Nijnij Tagil). 2 Bände. Nijnij Tagil 1996
- S. Papkow: Lagernaja sistema i prinuditelnij trud w Sibiri i na Dalnem Wostoke w 1929-1941g (Das Lagersystem und die Zwangsarbeit in Sibirien und im Fernen Osten). In: Woswraschenije pamjati. Istoriko-archiwnij almanach. Wyp.3, S. 37-67. Nowossibirsk 1997
- W. Popow: Gosudarstwennij terror w Sowetskoj Rossii 1923-1953. Istotschniki i ich interpretatsija (Der Staatliche Terror in Sowjetrußland). In: Otetschestwennije archivy N2, Moskwa 1992.
- W. Semskow: GULAG. Istoritscheskij-Soziologitscheskij Aspekt. In: Soziologitscheskije issledowanija N6, S. 10-27, N 7, S. 3-10. Moskwa 1991
- W. Semskow: Sakljutschennije w 1930-e godi, sozialno-demographitscheskije problemy (Die Häftlinge im Jahr 1930. Sozial-demographische Probleme). In: Otechestwennaja istorija, N4, S. 54-80; 1997.
- I. Tschuchnin: Kanaloarmeitsy (Die Kanalerbauer). Petrasowodsk 1990

#### Sammelbände:

- Istorija repressij na Urale: ideologija, politika, praktika 1917-1980 (Die Geschichte der Repressalien auf dem Ural). Nijnij Tagil 1997
- Ljudi Uhti (Die Menschen von Uhta), Wyp.1. Uhta 1994
- Reabilitatsija. Sbornik materialow. Moskwa 1991
- Reabilitirowan posmertno. Sbornik statej. Moskwa 1989
- Soprotiwlenije w GULAGe (Widerstand im GULAG). Sbornik. Wospominanija, pisma, dokumenty. Wyp.1 (1992), Wyp.2 (1993). Moskwa
- Zwenja. Istoritscheskij almanach. Wyp.1 (1991), 2 (1992). Moskwa-St.Petersburg

#### *Zusammenfassung*

In der Einführung zur Expertise wird der gegenwärtige Stand der wissenschaftlichen Kenntnisse über das stalinsche Gefängnis- und Lager-System in der heutigen russischen Gesellschaft dargestellt. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, daß es in dieser Darstellung nicht um den Begriff GULAG geht, der oft die ganze Straf- und Repressionspolitik des Sowjetstaates symbolisiert, sondern ganz konkret um die Herausbildung und Entwicklung des Lager- und Gefängnisystems.

Im Abschnitt über die historiographischen Quellen wird zusammenfassend dargestellt, was seit dem Beginn der Perestrojka an wissenschaftlichen Publikationen über das GULAG-System in Rußland erschienen ist. Das Hauptergebnis zu dem man kommen kann: die erste Phase der Aufarbeitung der Vergangenheit, als sich hauptsächlich die Publizistik mit der GULAG-Thematik auseinandersetzte, ist vorbei. Es fehlt in Rußland zwar immer noch eine umfassende Monographie über den GULAG, die auf den Archivadokumenten basiert, aber es sind durchaus einige Forschungsarbeiten erschienen, die einzelne Lager beschreiben oder den Problemen der GULAG-Statistik gewidmet sind. Solche werden auch in diesem Abschnitt genannt.

In dem Abschnitt über die Rolle der Erinnerung in der GULAG-Forschung werden die Probleme der Lagermemoiristik thematisiert. Es wird ein Versuch unternommen, einen zeitlichen Rahmen zu schaffen und dabei die vier wichtigsten Perioden hervorzuheben. Die Thematik und der ideologisch-politische Trend der Erinnerungen ist dabei auch von der Entstehungszeit abhängig. Es wird daher auch der Versuch unternommen, zu erklären warum es so einen starken quantitativen Unterschied zwischen der Zahl der Erinnerungen über den Großen Vaterländischen Krieg und den relativ begrenzten Zahl der uns bekannten veröffentlichten und unveröffentlichten GULAG-Memoiren gibt.

Die biographischen Quellen waren jahrelang die einzige Quelle der historischen Kenntnisse über den GULAG. Und obwohl sich heute das Interesse der Forscher ziemlich eindeutig in die Richtung der Archive verlagert hat, werden die Erinnerungen auch weiter für das Erfassen vom Leben im GULAG-System unentbehrlich bleiben. In den letzten Jahren kam es auch zur Bereicherung und Erweiterung der schriftlichen biographischen Quellen durch die oral history – Tonbandaufnahmen der mündlichen Erinnerungen der Zeitzeugen.

In dritten Abschnitt der Expertise wird der Zustand der russischen Archive, die mit der GULAG-Thematik verbunden sind, beschrieben. Obwohl man heute eigentlich nur von 10% der freigegebenen Dokumente in diesem Zusammenhang sprechen kann, erhält man schon eine ziemlich konkrete Vorstellung davon, was in den russischen Archiven über den GULAG zu finden ist. Hier wird eine kurze Beschreibung dessen, was in den Partei- und Amtsbibliotheken gelagert ist, gegeben. Dabei werden auch die Probleme des Zugangs zu den Dokumenten des GULAG berührt, der in der letzten Zeit im Widerspruch zum geltenden Archivgesetz immer schwieriger wird.

In dem Hauptteil der Expertise wird die Herausbildung des Sowjetischen Strafvollzugssystem beschrieben, wobei die freigegebenen Archivadokumente die Möglichkeit gegeben haben, sich ein Bild davon zu machen, wie die einzelnen Etappen der Entwicklung des sowjetischen GULAG-System von 1917 bis zur Reorganisation und Liquidierung des GULAG nach dem Tod Stalins ausgesehen haben. Dabei wird insbesondere gefragt, welche Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Bedeutung des Lager-Systems und den politischen Repressionen bestehen, wie sich diese Faktoren gegenseitig beeinflus-

sen, wie die Massenrepressionen zur Veränderung des GULAG-Systems führen und wie der GULAG seinerseits die staatliche Politik beeinflusst.

Im letzten Abschnitt der Expertise geht es um den langwierigen Prozeß der Rehabilitierung der aus politischen Gründen Verfolgten von der Chruschtow-Zeit bis zum Rehabilitierungsgesetz vom Oktober 1991.

Dabei wird auch die Tätigkeit von gesellschaftlichen Institutionen wie „Memorial“ erwähnt: die Errichtung von Denkmälern; die Suche nach Massengräbern, die Einrichtung von Friedhöfen wie auch die konkrete soziale Hilfe für die noch lebenden Opfer.